

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.86 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 19 Hg. Postfachkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kinderzange“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile mit 10 Werten oder deren Raum 10 Werten, 20 Hg. Beilagen unter 25 Hg. je laufend 15 Hg. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67577.

Nr. 135.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 13. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Menschen bauen; die Türme sollen
Ein Jahrtausend überdauern!
Doch der Rost zerfrisst das Eisen,
Und das Moos zernagt die Mauern.

Fr. W. Weber

Der Parteitag der Taktik.

Die Wirtschafts-anarchie des Kapitalismus.

Neben den Verhandlungen über die Tätigkeit der Fraktion kommt wohl dem Referat des Reichstagsabgeordneten Tarnow-Berlin über: Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse, die größere Bedeutung zu. Fritz Tarnow ist als Politiker bisher wenig in den Vordergrund getreten, gilt aber als Vorsitzender des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes als einer der besten Köpfe in diesem freigeigenschaftlichen Lager. Seine zweistündige Leipziger Rede dürfte ihn von jetzt an auch politisch mehr auf der Bildfläche erscheinen lassen. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Ausführungen Tarnows unsern ungeteilten Beifall finden. Die Rede war eben nur vom sozialdemokratischen Standpunkt aus gesehen eine Leistung, die Andersdenkenden sehr viel Spielraum für abweichende Meinungen läßt. Die Grundgedanken des Referates sind in einer Entschiedenheit als Beschluß des Parteitages niedergelegt, in der nach marxistischen Grundsätzen das unfähige Kapital schuld ist, „daß der überquellende Reichtum an Lebensmitteln, Rohstoffen und verarbeitenden Kräften durch die kapitalistische Dekonomie in grausame Hungersnöte und in eine unerhörte Vermehrung der Armut umgewandelt wird.“ Diese Auffassung ist einseitig. Nicht die kapitalistische Dekonomie allein ist schuld, sondern unser Verstand mit der Weltwirtschaft bringt uns in der Auswirkung in engste Verührung mit der Weltkrisis, die allerdings gesteigert worden ist durch eine Rationalisierung der Arbeit. Daß die Rationalisierung so intensiv und planvoll durchgeführt wurde, hat die Arbeitslosigkeit stark gefördert. Wenn auch hierfür Konkurrenzgründe angegeben wurden, so hätte der Kapitalismus im Interesse lebendiger Arbeitskräfte Maß und Ziel halten müssen. Aber schließlich haben ja sozialdemokratische Regierungen jahrelang die Möglichkeit gehabt, die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen. Einseitig ist die Darstellung Tarnows auch deshalb, weil wir als der Staat, der den Krieg verloren hat, ungeheure Reparationslasten an das Ausland zu zahlen haben. Von diesen vielen Milliarden wird unser Wirtschaftsleben entblößt und aktionsunfähig gemacht, was in der Auswirkung eine Verelendung der Massen zur Folge hat. Hier liegt der Kernpunkt der Frage. Deshalb sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie, statt alle Schuld dem Kapitalismus und der menschlichen Gesellschaft, soweit sie abseits von der Sozialdemokratie steht, aufzubürden, selbst in den vergangenen Jahren Erfüllungspolitik bis zur Bewußtlosigkeit betrieben hat und dann es bisher vermieden hat, mit der ihr manchmal eigenen Energie eine Revision der Tributlasten zu fordern. In Leipzig, auf dem Parteitag der Taktik, wäre es eine Tat von nationaler Bedeutung gewesen, wenn nicht nur so nebenher, sondern als Hauptaktion zu dieser Frage Stellung genommen worden wäre, was sicher dazu beigetragen hätte, dem Reichskanzler Brüning in England das Rückgrat zu stärken; auch sonst würde die Welt aufgehört haben, wenn die stärkste Partei Deutschlands einmal gesagt hätte: „Bis hierher und nicht weiter. Aber dazu hat man sich nicht aufraffen können. Statt dessen werden eine Anzahl Maßnahmen gefordert, über deren Durchführung teils die besten Wirtschaftspolitiker sich bisher vergeblich die Köpfe zerbrochen haben. Einige Forderungen, z. B. betreffend Kapitalflucht und Steuerhinterziehung, sind berechtigt, während andere durchführbar erscheinen und deshalb als Agitationsmittel zu bewerten sind. Sonderbar mutet es jedoch an, wenn Tarnow es aufs Tiefste beklagt, daß die Verwirklichung des Sozialismus noch nicht möglich gewesen ist, weil es sich um politische Machtfragen handelt und das Proletariat, das als Volksmehrheit nach der demokratischen Verfassung der Republik dazu berufen ist, die entscheidende Macht zu sein, von diesem Recht bisher noch keinen ausreichenden Gebrauch gemacht hat. Wir verstehen diese Klage. Ist der Ruf nach Sozialismus doch so alt wie die Partei selbst. Seit ihrer Gründung hat so man die Anhänger in dem Glauben gehalten, daß der Sozialismus höchstes Glück bedeute. Als dann aber nach der Revolution 1918 die Verwirklichung dieses schönen Zieles von der Arbeiterschaft gefordert wurde, ließen die damaligen „Mitschbeauftragten an den Anschlagäulen be-

kanntgeben: „Sozialismus heißt Arbeit.“ Außerdem erfordert die Durchführung des Sozialismus etwas ganz besonderes, nämlich Menschen, die die seltene Eigenschaft haben, selbstlos zu sein mit dem Willen, nichts für sich, sondern alles für die Allgemeinheit zu leisten. Solche Menschen sollen aber auch in der sozialdemokratischen Partei nicht allzu zahlreich vorhanden sein. Man könnte in diesem Zusammenhang auf Berlin hinweisen, dem die „Volksmehrheit“ zwar keinen Sozialismus, wohl aber eine sozialdemokratische Stadtverwaltung beschied hatte. Erfolg: Stadtkanzerott und gefüllte Säcke für einige wenige Menschen; die Volksmehrheit wird deshalb, in Zukunft mehr noch als in der Vergangenheit, sich lieber auf den Standpunkt stellen, auf ein solches Glück zu verzichten. Damit können wir von Tarnows Rede, die an und für sich eine Leistung war, Abschied nehmen in dem Bewußtsein, daß die Wirtschaftskrise trotz aller Reden und Gegenreden auf dem Leipziger Parteitag ihrer Lösung nicht näher gebracht worden ist. Bewiesen ist nur, daß diese Partei, der schon oft der Zusammenbruch vorausgesagt wurde, durchaus nicht brüchig ist, sondern trotz aller Gegenfälle in sich gefestigt dasteht. Das gibt dem „Vorwärts“ denn auch Anlaß zu der Feststellung, daß die Gegner der Sozialdemokratie an diesem Parteitag wenig Freude gehabt hätten.

In einer Entgleisung kann nicht stillschweigend vorbeigegangen werden. Einer der Redner konnte es nicht unterlassen, unter Hinweis auf den Stahlhelmtag in Breslau und die dort gehaltenen Reden, den Reichspräsidenten von Hindenburg aufzufordern, seine Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm niederzulegen. Wir nehmen an, daß Hindenburg solche Unverschämtheit genau so mit Nichtbeachtung beantwortet wird, wie in einem früheren Fall auch.

Die sozialdemokratischen Parteiführer können mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden sein. Mit etwas ängstlichem Gefühl zogen sie nach Leipzig. Aber schon die große Kundgebung gab ihnen Mut. Und als dann die Taktiker ihren ersten Sieg errungen hatten, waren wesentliche Ueberraschungen nicht mehr zu befürchten. Eine geschickte Regie vermag viel. Damit sind nun allerdings nicht alle Sorgen behoben. Der Parteitag hat zwar pariert, aber die 400 Parteidelegierten sind nicht die Wählermassen, auf die es bei Erringung der Macht ankommt. Diese aber sind nicht mehr fest in den Händen der Führer; sie laufen zu den radikalen Flügelparteien, zu den Nationalsozialisten und Kommunisten. Das ist der Schatten, der allen äußeren Glanz in Leipzig verdunkelt. Dem werden auch die Führer Beachtung schenken müssen, wenn auf Leipzig kein „Jena“ folgen soll. Die erste Prüfung wird noch diese Woche vorgenommen, wenn der Vortragsrat sich mit den Anträgen auf Einberufung des Reichstages zu beschäftigen hat. Dann wird es von der Sozialdemokratie, aber auch von den Mittelparteien abhängen, ob die neueste Notverordnung der Regierung Brüning zum Fallstrich wird oder nicht. Diese Entscheidung ist für die sozialdemokratische Partei nicht leicht, obwohl der Parteitag in Leipzig der Führung freie Hand gab.

Nochmals: „Zeitenwende“.

Mit dem letzten Absatz des unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichten Aufsatzes in Nr. 129 des „Aufwärts“ werden m. E. die positiv christlich eingestellten Leser sich nicht einverstanden erklären können. Die in ihm zum Ausdruck gebrachte evolutionistische Weltanschauung steht nicht im Einklang mit der Bibel. Da die Gefahr besteht, daß auch gläubige Christen sich „das Ziel verrücken“ lassen, sei der betreffende Absatz hier wieder gegeben und zu der in ihm niedergelegten Gedankrichtung kurz Stellung genommen.

Der zur Kritik herausfordernde Passus lautet:

„Unser Jahrhundert muß die wirtschaftliche Befreiung des Menschen, die Beseitigung aller Ausbeutung, aller Kriege und Krisen und aller Armut bringen. Das ist der Glaube der Menschheit, das ist der Sinn des Lebens. Jede Lehre, die ohne Erfolg, die nicht das von den Besten gefühlte Drängen einer Zeit ausdrückt. Der vornehmste Gottesdienst in der Gegenwart ist der, die Bettler von der Straße zu nehmen. In unserer Zeit sind Religion und Mystik nicht tiefer als Fabrik, Geschäft und Geld. Erst das Recht, Mensch sein zu dürfen, gibt die Möglichkeit, Christ sein zu können.“

Könnte man dem übrigen Inhalt des Aufsatzes sachlich im großen und ganzen zustimmen, so läßt der vorstehende, die Schlussfolgerung enthaltende, Absatz erkennen, daß der Verfasser bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und bei der Suche nach Mitteln und We-

gen zu ihrer Behebung leider die biblische Betrachtungsweise völlig außer Acht gelassen hat. Dies sei im folgenden einzeln aufgezeigt und nachgewiesen:

1. „Unser Jahrhundert muß die wirtschaftliche Befreiung des Menschen, die Beseitigung aller Ausbeutung, aller Kriege und Krisen und aller Armut bringen.“ Hierzu ist zunächst zu sagen: Kann eine solche Forderung überhaupt erfüllt werden, ein derartiger Wunsch überhaupt auf Verwirklichung rechnen? Was sagt die Schrift dazu? In lapidarer Kürze vernehmen wir: „Reiche und Arme müssen untereinander sein, denn der Herr hat sie alle gemacht.“ Das ist kurz und bündig; aber es ist so, weil Gottes Wort es sagt! Unter den Einzelindividuen wie unter den Rassen und Klassen der menschlichen Gesellschaft werden die natürlichen Gegenfälle als gottgewollt hingenommen werden müssen. Nur ist es eine sittliche Aufgabe für den Menschen, immer besser darauf bedacht zu sein, die Gegenfälle zu überbrücken, die Spannungen auszugleichen — soweit dies eben menschenmöglich ist. Aber das Auf und Ab im Menschenleben wird bleiben! „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Same und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht!“ In diesem ständigen Wechsel liegt geradezu eine Gnadenverheißung für die unter dem göttlichen Fluch stehende Erdenbevölkerung, kein Gericht! Wir sehen, die Bibel gibt keine Verheißung dahin, daß es in der gegenwärtigen Erdenzeit zum Ausgleich der gottgegebenen Spannungen kommen werde, so sehr dies auch zu wünschen wäre und allerseits auch wohl herbeigesehnt werden mag. „Denn das ängstliche Harren der Kreatur wartet auf die Offenbarung der Kinder Gottes!“ Aber nichtsdestoweniger tut die Bibel uns kund, daß die mancherlei menschlichen Unvollkommenheiten und abgrundtiefen Menschheitsnöte in diesem Neon Existenzrecht besitzen! So dürfen wir denn auch nicht damit rechnen, daß die „wirtschaftliche Befreiung des Menschen“, seine „Ausbeutung“ und überhaupt alle „Krisen“ von ihm genommen werden. Würde es uns aber nicht genügen, wenn die biblische Verheißung uns wieder auf neue Eingelöst werden könnte, die jenes Fluch und Segen zugleich ausprechende Gotteswort in großer Schlichtheit und Einfachheit so sagt: „Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen!“ Unter diesem Gerichtswort bleibt zwar die Menschheit, bis Gott der Herr selber ihr Gefängnis wenden wird. Aber dieses Gerichtswort deutet uns heute schon kaum noch als Fluch, sondern vielmehr als Segen, als Wohltat —, wenn wir nur Arbeit hätten für unsere Brüder, wie gerne wollten sie im Schweisse ihres Angesichts ihr Brot essen! — Aber wir dürfen die Hoffnung haben, daß es damit wieder besser werde — nicht von selbst, aber durch die Eingriffe sachkundiger Menschenhirne und -hände — aber unter dem Segen des lebendigen Gottes! Denn noch gilt auch das andere Wort: „Sein Brot wird ihm gegeben, sein Wasser hat er genossen!“

Und wie steht es mit dem uns durchaus verständlichen weiteren Wunsche, daß Kriege nicht mehr sein werden in diesem Jahrhundert? „Ihr werdet hören Kriege und das Geschrei von Kriegen.“! Dieses ernste Wort steht gewiß jedem Pazifisten im Wege; aber es steht da und es gilt! Gleichwohl sollen wir, soviel an uns ist, ehrlich bemüht sein, für die Erhaltung des Friedens einzutreten, wo dies nur irgend möglich ist. Die Verheißung aber, daß die Geißel des Krieges von der Menschheit genommen werde, haben wir für den gegenwärtigen Weltabschnitt nicht. So wird der Glaube der Menschheit, daß Kriege und Krisen und alle Armut sich durch den Menschen selbst radikal beseitigen lassen, hiernach leider Schiffbruch erleiden müssen.

2. „Der vornehmste Gottesdienst in der Gegenwart ist der, die Bettler von der Straße zu nehmen.“ Läßt sich dem ohne weiteres beipflichten? So sehr es richtig ist, daß wir die biblische Forderung erfüllen: „Brich dem Hungerigen dein Brot“, so läßt sich im Blick auf die im Schwange gehende unheimliche Macht der Sünde doch wohl nie erreichen, daß es keinen Bettler auf der Straße mehr geben wird. Denn selbst wenn man heute jedem ein bestimmtes Vermögen zuteilen würde; morgen wären schon derartige Verschleudungen im Besitztande des einzelnen zu verzeichnen, daß übermorgen der eine dank seiner Sparsamkeit und Geschäftstüchtigkeit reicher, der andere aber zufolge seiner Verschwendungssucht und Trägheit, also infolge seiner eigenen Schuld bettelarm zu nennen sein würde. Mit dem menschlichen Wesen eingeführten radikalen Kommunismus wäre es also nichts.

Mit der menschlichen Unvollkommenheit, von der Bibel schlicht und einfach „Sünde“ genannt, werden wir auch hier wieder so lange zu rechnen haben, bis Gott selber eingreift und seinen Heilsplan der Verwirklichung näher bringt. Als Christen können und dürfen wir m. E. nicht

die Hoffnung haben, daß wir von diesen menschlich-sündigen Seiten des Erdenlebens verschont bleiben. Zu unserer Verwahrung mögen sie übrigens kaum zu entbehren sein. Denn hier gibt's Gelegenheit, Samariterdienste zu leisten, die sonst vielleicht fehlen würden! Nach alledem können wir dem nicht ohne weiteres zustimmen, was der Verfasser meint, wenn er sagt, der vornehmste Gottesdienst in der Gegenwart sei der, die Bettler von der Straße zu nehmen. Wenn wir uns an Gottes Wort orientieren wollen, so erfahren wir, daß „allezeit Arme im Lande sein werden“, vielleicht also auch doch Bettler. Für jene sollen wir gewiß unsere Hand ausstrecken; allein Armut und Betteltum werden sich nimmer von uns ganz beseitigen lassen. Was als „vornehmster Gottesdienst“ anzusehen ist, drückt die Bibel so aus: „Die Weisen und Witwen in ihrer Trübsal besuchen und sich von der Welt unbefleckt behalten!“

3. „In unserer Zeit sind Religion und Mystik nicht tiefer als Fabrik, Geschäft und Geld.“ Wir will scheinen, daß dieser Ausspruch des Verfassers ein hartes Urteil über unser gegenwärtiges Christentum ist. Ob und wie weit das zutrifft, möchte indessen wohl schwer sein nachzuweisen. Denn „Religion und Mystik“ sind Dinge, die, sollen sie echt und wahr sein, nicht ohne weiteres in die Augen zu springen brauchen. Es handelt sich hierbei um tiefinnerliche Vorgänge des Menschenherzens, um einen unsichtbaren und darum wohl auch meist unkontrollierbaren Zustand der Einzelpersonlichkeit zu dem verehrten höchsten Wesen, zu Gott. Soweit das Urteil aber zutrifft, geht es m. E. gar nicht mehr um den Wert oder Unwert wahrer „Religion und Mystik“ als vielmehr um Karikaturen, um Zerrbilder, um Menschenwerk. Die Betätigung in echter, christlicher Religion, die praktische Verehrung Gottes im Geiste der Bibel, verträgt es nicht, mit den profanen Dingen des Alltags in Verbindung gebracht, geschweige denn auf eine Stufe gestellt zu werden. Geschicht dies dennoch, so ist das Urteil über sie ungerecht, ein Fehlspruch. Welcher Mensch möchte aber in diesen Dingen überhaupt urteilen? —

4. Dem letzten Ausspruch des Verfassers, daß „erst das Recht, Mensch sein zu dürfen, die Möglichkeit gibt, Christ sein zu können“, läßt sich ebenfalls nicht beitreten. Dieser Auffassung liegt doch wohl nur die unzutreffende Behauptung zugrunde, daß dem Menschen allereinst „nächst einmal ein würdiges irdisches Dasein garantiert werden müßte, ehe man von ihm verlangen könne, im Geiste des Evangeliums zu leben. Das widerspricht aber dem Evangelium vollständig! Der schönste und reinste Beweis für die Echtheit und Reinheit des Christentums kann nur geliefert werden in der Armut, zunächst des Geistes, aber auch der irdischen Güter, jedenfalls im Sinne der Freiheit, der Gerechtigkeit von diesen. Die Reden Jesu in der Bergpredigt und seine Forderung an den reichen Jüngling sind Belege hierfür! Aber sind nicht uns selber 1000 Beispiele bekannt, wo der irdische Mangel, die leibliche Gebrechlichkeit, die menschliche Unzulänglichkeit, wie Krankheit und Armut, eben nicht Hindernisse, sondern gerade Förderungen zur Gewinnung und Betätigung eines christlichen Glaubenslebens gewesen sind und noch sind?!

So muß es m. E. dabei bleiben, daß die Unebenheiten und Spannungen im Menschenleben geradezu eine elementare Voraussetzung dafür sind, die Gottesgedanken des Evangeliums zur vollen Auswirkung kommen zu lassen.

6. Verbandstag

des Reichsverbandes Deutscher Evangelischer Beamtenvereine in Magdeburg am 7. und 8. Juni 1931.

Der 6. Evangelische Beamtentag des Reichsverbandes Deutscher Evangelischer Beamtenvereine fand am 7. und 8. Juni in Magdeburg statt.

Aus allen Gauen Deutschlands waren Vertreter entsandt worden. Die Tagung wurde eröffnet durch einen Festgottesdienst in der ehrwürdigen Katharinenkirche. Der Festprediger war Pfarrer Lunde (Berlin-Wilmersdorf). Er schilderte in ernster und eindringlicher Weise die Schäden unserer Zeit, die zerfallenden Kräfte, die wie Ströme des Todes durch unser Volk gehen. Ein Teil der politisierten Beamtenschaft laufe Gefahr, eine Beute dieser Strömung zu werden. Er legte es der evangelischen Beamtenschaft als besondere Aufgabe auf Herz und Gewissen, die Gefahren in ihrem vollen Umfange zu erkennen und sich ihr entgegenzustellen aus der Kraft protestantischen Glaubens.

Im Anschluß an den Gottesdienst fand eine Sitzung des Verbandsvorstandes statt. Der 1. Vorsitzende, Pfarrer von der Heydt (Koblenz) erstattete den Geschäftsbericht, der ein erfreuliches Wachstum des Verbandes zur Kenntnis brachte. Die Zahl der Orts- und Kreisvereine ist auf 49 gestiegen.

Die Verbandszeitschrift „Der Evangelische Beamte“ erfreut sich zunehmender Wertschätzung. — Dann folgte die Erörterung interner Organisationsfragen zur Vorbereitung der Vertreterversammlung, die am Montag, morgens und nachmittags, stattfand. Die Vertreter nahmen den eingehenden Jahresbericht des 1. Vorsitzenden, den Rassenbericht des Schatzmeisters, Inspektor Klamp (Bonn) mit dankbarer Anerkennung entgegen. Dann folgte die Wahl des Vorstandes, in den die Führer der Gauen Rheinland, Westfalen, Niedersachsen, Main, Schlesien, Mitteldeutschland und Ostmark hineingewählt wurden.

Am Nachmittag sprach dann Bundespfarrer Werner (Königsberg) über „Die Paritätsfrage und der evangelische Berufsstand“.

Der Redner legte zunächst die Gründe dar, die die Behandlung des Themas erforderlich machten. Die deutsch-evangelische Beamtenschaft steht in diesen Tagen vor ersten Entscheidungen. Der Antrag des Zentrumsabgeordneten Gehl im Preussischen Landtag hat die Erörterung über die Paritätsfrage akut gemacht. Ver-

lassen. Denn „wie schwer ist es, daß ein Reicher (das will sagen: ein Satter!) ins Himmelreich komme!“ Der Menschlichen Verlegenheiten sind noch allemal Gottes Gelegenheiten gewesen. Uns bleibt nichts anderes übrig, als Gottes Weltordnung doch als weise und erhaben anzuerkennen, denn Seine Gedanken sind unendlich viel höher als die unsrigen! Für das Werden und Wachsen der sittlichen Persönlichkeit des Menschen ist es daher ebenso notwendig wie weise, sich unter den Willen Gottes ehrfurchtsvoll zu beugen und das Leben mit seinen Mühen und Nöten willig und gläubig auf sich zu nehmen. Die Bibel verheißt nur dem Kämpfer den Preis, dem Sieger die Palme, dem Ueberwinder die Krone! So verstehen wir auch Gustav Falke, wenn er sagt:

Herr, laß mich hungern dann und wann,
Satt sein macht stumpf und träge,
Und gib mir Feinde, Mann an Mann:
Kampf hält die Kräfte regel!

Wenn der Verfasser also meint, es sei „der Glaube der Menschheit, der Sinn des Lebens“, daß „unser Jahrhundert die wirtschaftliche Befreiung des Menschen, die Befreiung aller Ausbeutung, aller Kriege und Krisen und aller Armut“ bringen müsse, so vermag der gläubige Christ ihm darin nicht zu folgen. Gerade jetzt lese ich in einer weltlichen Zeitung: „Vom Sinn des Lebens.“ Ich kenne den Verfasser der Abhandlung persönlich und schätze ihn wegen seiner Gedankentiefe und Objektivität sehr. Es sei mir gestattet, den Schluß seines Aufsatzes über den Sinn des Lebens hier wiederzugeben:

„... Der Sinn des Lebens kann nur im Glauben gefunden werden, im Aufstehen jenseitiger Ziele. Wie der Sinn der Fahrt eines Schiffes nicht das Meer ist, sondern das ferne Ufer!“

Aber auch für die Erkenntnis des diesseitigen Lebens hat die Philosophie aller Zeiten ihre besten und tiefsten Ideen aus der Religion genommen.

Alle wahre Lösung kommt aus der Religion.

Das aber ist das Wissen der Christenheit, daß der Sinn alles Menschenlebens in einem Namen liegt, in dem Namen Christus. „In Christus wohnt die Fülle der Gottheit leibhaftig.“ In ihm wohnt aller Sinn.

Das ist die Erfahrung der Christenheit, daß unser Leben um so mehr Sinn gewinnt und um so lebenswerter wird, je mehr es von Christus hat und je mehr es Christus selber hat.

Christus allein ist der Sinn des Lebens.“ J. E.

Arbeitsbeschaffungsplan der R. P. D.

Nachdem die RPD mit ihrem Bauernmanifest den Erfolg hatte, daß sich angeblich „der Reichsbauernverein“ und der „bekannte Landvolksführer Bruno von Salomon“ dafür erklärte und es einen „neuen Lichtstrahl im Dunkel des Bauernlebens“ nannte, ist der Partei der Mut zu weiterer positiver Arbeit gewachsen, so daß sie jetzt einen „Arbeitsbeschaffungsplan“ veröffentlicht, der den Millionen Erwerbsloser Arbeit und Brot geben soll.

tiefe Besinnung auf unsere Aufgabe und Verantwortung ist notwendig. Ohne sie ist die Organisation leerlauf, nur die Idee in ihrer Reinheit und Stohkraft ist zukunftsreich. Die weiteren Ausführungen des Redners behandelten das Werden evangelischer Berufsauffassung, ihr Wesen und die Paritätsfrage im Lichte evangelischer Berufsauffassung.

Die klaren und tiefdurchdringenden Ausführungen des Vortragenden waren getragen von großer Sachlichkeit und eingehender Kenntnis des historischen Materials. Als Resultat seiner Darlegungen stellt er fest, der Sinn der evangelischen Beamtenschaft ist nicht Interessenpolitik, nicht Verteidigung unserer Stellung, sondern Sehnsucht nach höherer Weite des Beamtenseins und damit nach verstärkter Reinlichkeit im Staat, nach erhöhter Zucht unter den Staatsbürgern und nach erhöhter Innerlichkeit unserer Arbeit.

Weitere Beiträge zur Bearbeitung der Paritätsfrage lieferten Amtsbaureat Christ, (Frankfurt a. M.), Stadtsekretär Weber (Bodum) und Pfarrer Trommershausen (Jiffum).

Abends 8 Uhr sprach in der öffentlichen Beamtensammlung Steuerinspektor Pieperbrink (Mühlheim-Ruhr) anstelle des verhinderten Redners, Herrn Oberpostdirektor Dr. Kerschamp (Düsseldorf) über das Thema „Berufsbeamtentum und evangelischer Berufsstand“. Der Redner behandelte zunächst die Entwicklung des deutschen Berufsbeamtentums, das seine Wurzel hat in den Erwägungen praktischer Staatsraison. Friedrichs des Großen Wort: Ich bin der erste Diener meines Staates, wies damit auch seiner Beamtenschaft ihr Verhältnis zum Staate zu. Der Beamte war nie auf Rosen gebettet. In harter Schule aber gewann er die Eigenschaften, die seine Vorbildlichkeit als Staatsdiener vor den Beamten anderer Länder herausstellte, die ihn wegen seiner Unbeflecklichkeit, Unparteilichkeit, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Fleiß und Hingabe zur wertvollsten Stütze des Staates werden ließ. Die Stürme der Kriegs- und Nachkriegszeit haben leider hier manches ins Negative verwandelt. Darum hat hier unsere Aufbaubarkeit einzusetzen. Deshalb haben wir uns unter die Forderungen einer makellosen Berufsethik zu stellen. — Der Verbandsvorsitzende begründete in einem zweiten Vortrag die Notwendigkeit evangelischer Beamtenebene.

Die Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. In eingehender Debatte wurden manche Fragen geklärt, manche interessanten Streiflichter in die Ver-

er lautet: 1. Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten.

1. Herabsetzung der Maximalarbeitszeit auf täglich 8 Stunden, bzw. 40 Stunden die Woche, bei Zahlung des vollen Lohnausgleichs; für Jugendliche und Bergarbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben 6 Stunden.

2. Die Altersgrenze in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung ist auf 60 Jahre herabzusetzen. Alle Arbeiter über 50 Jahre haben bei Erreichung der Berufsunfähigkeitsgrenze von 50 Prozent (statt der bisherigen 66 Prozent) Anspruch auf Pension.

3. Wiederherstellung der durch die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer gekürzten Löhne.

4. Anträge auf Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe sind unterlag, wenn sie zur weiteren Rationalisierung dienen und, wo sie früher aus diesen Gründen erfolgt sind, rückgängig zu machen.

5. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch die Arbeitsämter unter Kontrolle der von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern gewählten Vertrauensmänner.

II. Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten:

1. Durch Erweiterung des Wohnungsbauprogramms um jährlich 300 000 Wohnungen.

2. Durch sofortige Inangriffnahme der Erneuerungsarbeiten der Reichsbahn, besonders Elektrifizierung der Bahnen und Herbeiführung der Schnellbahn Köln-Dortmund.

3. Durch Instandsetzung der Straßen.

4. Durch Regulierung, bzw. Kanalisierung der Flüsse.

5. Durch Vervollständigung der Kanalbauten.

6. Durch den Bau von Talsperren.

7. Durch Melioration brachliegender Flächen.

8. Durch Bau von Krankenhäusern und Heimstätten.

9. Durch Bau von Gemeinde-Landarbeiterfiedlungen.

10. Durch Errichtung von Gemeinde-Sport- und Spielplätzen.

III. Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.

1. Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke.

2. Desgl. aller Ausgaben für die milit. Polizei.

3. Kürzung aller Gehälter und Pensionen über 8000 bzw. 6000 Mark.

4. Streichung aller Zuschüsse an die Kirchen und kirchlichen Verbände und Unternehmungen.

5. Erhebung einer Millionärsteuer.

6. Besteuerung der Dividenden und Aufsichtsratsgehälter.

7. Offenlegung der Steuerlisten.

8. Beschlagnahme aller im Auslande angelegten Vermögen.

Das sind die kommunistischen Vorschläge. Was gut daran ist, das ist nichts Neues und auch schon von anderen Parteien vorgeschlagen, was aber neu daran ist, sind untaugliche oder geradezu unmögliche Mittel und Wege.

Was aber direkt möglich erscheint und auch von der Kommission unter Brauns und von der Regierung befürwortet wird, der freiwillige Arbeitsdienst der Jugendlichen, das fehlt in diesem Programm, das wird verpönt, ja, dagegen wird die Jugend geradezu aufgehetzt, als sei es „Sklaverei“.

Tag der Kinderreichen Westfalens.

Am 6. und 7. Juni fand in Siegen der Verbandstag der Kinderreichen Westfalens statt. Von der Behörde, den Religionsgemeinschaften, den Parteien und den Wohlfahrtsorganisationen wurde der Tagung lebhaftes Interesse entgegengebracht. Nach verschiedenen Vorträgen über Fragen der Wirtschaft und des Volkstums wurde die folgende Entschliebung angenommen:

„Wir in Siegen versammelten Vertreter der Kinderreichen Westfalens weisen wiederholt darauf hin, daß für ein Volk, welches einen Platz in der Welt erringen oder behaupten will, fruchtbare Ehen notwendig sind und gesunde kinderreiche Familien den Ausfall an Nachwuchs wettmachen, den Kinderlose und Kinderarme gewollt und ungewollt verursachen.“

Wir Kinderreichen erinnern daran, daß das Aufwachsen in einem großen Geschwisterkreise das Kind zur Angleichung und Einordnung erzieht und daß aus solchen Kindern mit größter Wahrscheinlichkeit selbstlose, sozial empfindende und staatsbürgerlich denkende Menschen werden.

Wir sehen aber mit größter Verwunderung, daß trotz mancher schönen Worte bei allen staatsbürgerlichen Maßnahmen „der Einzelne“ als Ausgangspunkt betrachtet wird, während doch die Familie die Zelle ist, aus der der Staat sich erhebt.

Wir stellen mit Besorgnis fest, daß alle Notverordnungen und Sparmaßnahmen die Familie stärker treffen als den Einzelnen, daß die dadurch verursachte neue Not um so größere Ausmaße annimmt, je zahlreicher die Familie ist.

Wir Kinderreichen Westfalens erheben warnend unsere Stimme dagegen, daß Staat und Regierung in dieser Weise fortfährt, wir fordern eine staatsbürgerliche „Familienpolitik“.

Der Reichsta

Die Re
unter dem
binetstung
nisse von
beraten, d
die deutsche

Das Re
den müssen,
gebracht wer
sich das Ra
plans, den
worden und
nings und
kanzler wird
präsidenten,
Maßnahmen
erwarfen.

Abän
Die Re

Im Ansch
sich das Ra
unterhalten.
Auffassung,
Reichstags
noch Geltung
prüfung der
bei den einan

Ministry

Der Pre
nächst mit
Staatsminis
der preußisch
Notverordnun
verbunden ist
das Staatsmi
ter im Reichs
nung zu forde

Abg. Ka
Fraktion. Er
Notverordnun
sie von der pr

der hierauf
mit stürmische
gen. Infolge
Ministerpräsi
dent Bartels d
men. Der W
machen in ihr
Maßnahmen
höchste Regier
Notverordnun

Bei diese
ungeheurer
fortgesetzt
wird von der
geschlossen,
wirft. Die M
teistungsbeg
regelte Abge

Ministerp
führungen m
rung bei gege
verordnung
berordnung

Abg. Kitz
kommunistisch
Reichsregierung
gehoben wer
die neue Not
Krisensteuer
durchgeführt
gierung Brünn
tagsfraktionen
klar sein, daß

Abg. Stei
aus, daß alle
für unerträgl
Reichstag
für den deut
lands vom D
politik durch
Deutschland
der Notveror
veranlassen
werden. Das

zum Ertrag
sich zur „S
wurden mit
bestämpfen.
Ministerium
gegen die pr
trauensvotum
der Kommuni

Namens
Schmidt-Hoep
lung des Ver
weil sie —
lequenz ihrer
brauch mache
Herrschaft in
Deutschland
Die Abfrit
am Sonnabend

Es folgte
gelegten Gele
Millionen M
zugunsten der

Kabinett über Chequers.

Der Reichskanzler erstattet Bericht. — Brüning reist nach Neudorf.

— Berlin, 11. Juni.

Die Reichsregierung hat am Donnerstagvormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die angekündigte Kabinettsitzung abgehalten, um den Bericht über die Ergebnisse von Chequers entgegenzunehmen und die Folgen zu beraten, die sich aus der Wirkung der Notverordnung auf die deutsche Öffentlichkeit ergeben.

Das Reichskabinett wird sich nun darüber schlüssig werden müssen, in welcher Form die Reparationsfrage in Fluß gebracht werden soll. Wie ein Berliner Blatt wissen will, ist sich das Kabinett über den Weg der Revision des Youngplans, den es einschlagen will, anscheinend bereits klar geworden und hat dabei völlig mit der Auffassung Dr. Brünnings und des Außenministers übereingestimmt. Der Reichskanzler wird darüber am Freitag in Neudorf dem Reichspräsidenten, zu dem er reist, Vortrag halten. Bestimmte Maßnahmen der Regierung sind aber vorerst noch nicht zu erwarten.

Abänderung der Notverordnung?

Die Reichsregierung grundsätzlich bereit zu einer Überlegung.

Im Anschluß an die Erörterung der Revisionsfrage hat sich das Kabinett ausgebreitet über die innerpolitische Lage unterhalten. Dem Vernehmen nach ist das Kabinett der Auffassung, daß die Gründe, die für die Verlangung des Reichstags bis zum Herbst maßgebend waren, auch heute noch Geltung haben. Die Reichsregierung lehnt eine Überlegung der Notverordnung keineswegs ab, hält es aber bei den einander diametral entgegengesetzten Wünschen der

Parteien für zwecklos, in einer kurzen Sommertagung des Reichstages oder des Haushaltsausschusses die Notverordnung zur Beratung zu stellen. Die Parteien, die die Notverordnung ändern wollen, wie die Volkspartei und die Sozialdemokraten, werden deshalb ihre Forderungen in internen Besprechungen mit der Regierung durchzusetzen suchen. Die Hauptforderungen, sowohl bei der Volkspartei wie bei den Sozialdemokraten, richten sich auf Abänderung der Krisensteuer und (bei den Sozialdemokraten) auf eine andere Regelung der sozialpolitischen Bestimmungen. Zum Beispiel sollen die Zugenden nicht aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden usw. Wie verläuft, wird sich die Regierung den parlamentarischen Anregungen keineswegs verschließen, vorausgesetzt, daß durch die Abänderungen der Notverordnungen das finanzielle Gesamtergebnis nicht beeinträchtigt wird.

Besprechungen mit den Parteiführern.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung hat der Reichskanzler die Fühlung mit den Parteien aufgenommen. Am Freitag findet, wie bereits erwähnt, der Vortrag des Reichskanzlers bei dem Reichspräsidenten in Neudorf statt. Am Sonnabend sollen dann die Besprechungen mit den Fraktionsführern zum Abschluß gebracht werden. Man wird also bereits dann, und nicht erst am nächsten Dienstag, wenn der Reichstag einberufen wird, erkennen können, ob der Reichstag einberufen wird. Bisher spricht kaum etwas dafür, daß es dazu kommt. Jedenfalls wird die große politische Rede, die der Reichskanzler am Sonntag auf der Zentrumsversammlung in Hildesheim halten wird, Aufschluß über die Pläne der Regierung geben.

Sturm im Landtag.

Ministerpräsident Braun über die Notverordnung.

— Berlin, 11. Juni.

Der Preussische Landtag befaßte sich am Donnerstag zunächst mit dem kommunizistischen Mißtrauensvotum gegen das Staatsministerium, das begründet ist mit der Mitwirkung der preussischen Regierung an dem Zustandekommen der Notverordnung des Reichspräsidenten. Mit der Beratung verbunden ist ein weiterer kommunizistischer Antrag, wonach das Staatsministerium beauftragt werden soll, seine Vertreter im Reichsrat anzuweisen, die Aufhebung der Notverordnung zu fordern.

Abg. Kasper (Komm.) begründet die Anträge seiner Fraktion. Er erklärt, die Brüning-Regierung wolle mit der Notverordnung ihre verbrecherische Politik fortsetzen, bei der sie von der preussischen Regierung unterstützt werde.

Ministerpräsident Braun.

Der hierauf das Wort ergreift, wird von den Kommunisten mit stürmischen Rufen „Nieder mit der Regierung!“ empfangen. Infolge des Lärmes der Kommunisten kann sich der Ministerpräsident zunächst nicht verständlich machen. Präsident Bartels droht mit äußerster Geschäftsordnungsmahnen. Der Ministerpräsident erklärt, die Kommunisten machen in ihrem Antrag die preussische Staatsregierung für Maßnahmen der Reichsregierung verantwortlich. Die preussische Regierung hat nicht an dem Zustandekommen der Notverordnung mitgewirkt.

Bei diesen Worten erhebt sich bei den Kommunisten ein ungeheurer Lärm. Sie machen dem Ministerpräsidenten vorgelegt beleidigende Zurufe. Frau Budewig (Komm.) wird von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen, weil sie dem Ministerpräsidenten Lügen vorwirft. Die Maßnahme des Präsidenten hat stürmische Protestkundgebungen der Kommunisten zur Folge. Die gemäßregelte Abgeordnete verläßt jedoch sofort den Saal.

Ministerpräsident Braun beendet darauf seine Ausführungen mit der Ankündigung, daß die preussische Regierung bei gegebener Zeit im Reichsrat Änderungen der Notverordnung beantragen werde.

Abg. Kitzmann (Soz.) wendet sich dagegen, daß in dem kommunizistischen Mißtrauensantrag die Maßnahmen der Reichsregierung der preussischen Regierung in die Schuhe geschoben werden. Es bestehe wohl kein Streit darüber, daß die neue Notverordnung außerordentlich unsozial sei; die Krisensteuer könne jedenfalls in der jetzigen Form nicht durchgeführt werden. Die Frage, ob es möglich ist, die Regierung Brüning noch weiter zu stützen, sei von den Reichstagsfraktionen zu entscheiden. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß hinter einer Krise der Bürgerkrieg drohe.

Abg. Steinhoff (Dnat.) spricht die bestimmte Erwartung aus, daß alle Parteien, die die neuen Notverordnungsmaßnahmen für unerträglich halten, die Einberufung des Reichstags erzwingen werden. Die Voraussetzung für den deutschen Wiederaufbau sei die Befreiung Deutschlands vom Young-Plan. Die Sanierung der Erfüllungspolitik durch notverordnende Verordnungen lehnen die Deutschnationalen ab. Schon die Gerichte über den Inhalt der Notverordnung hätten die preussische Staatsregierung verurteilt. Die Reichsregierung vorstellig zu werden. Das Regierungssystem Brüning-Braun sei überreif zum Sturz geworden. Die Notverordnung sei der letzte Versuch zur „Eicherung“ dieses Systems. Die Deutschnationalen würden mit allen verfügbaren Mitteln dieses System weiter bekämpfen. Dem Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium würden die Deutschnationalen zustimmen.

Abg. Fischer (Landvolk) gab eine scharfe Erklärung gegen die preussische Regierung ab und scharte dem Mißtrauensvotum zu, ohne sich im einzelnen die Begründung der Kommunisten zu eigen zu machen.

Namens der Wirtschaftspartei erklärte Abg. Dr. Schmidt-Hoeppe, daß seine Partei dem Antrag auf Entziehung des Vertrauens für das Staatsministerium zustimme, weil sie — unabhängig von seiner Begründung — in Konsequenz ihrer bisherigen Haltung von jedem Mittel Gebrauch mache, das ihr geeignet erscheint, die sozialistische Herrschaft in Preußen, die ein Unglück für Preußen und Deutschland sei, zu brechen.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag findet erst am Sonnabend statt.

Es folgte die zweite Beratung des vom Staatsrat vorgelegten Gesetzentwurfes, wonach Preußen sich 1931 mit 250 Millionen Mark an den Kosten der Arbeitslosen-Fürsorge zugunsten der Kommunen beteiligen soll.

Rampf um Revision.

Noch vor Beginn der offiziellen Reparationsdebatte hat Frankreich es für angebracht gehalten, jeden Versuch einer Revision des Youngplans abzulehnen. Es scheint beinahe so, als ob Briand durch seine scharfe Abfuhr die deutschen Bemühungen, mit Paris ebenso wie mit London in einen direkten Gedankenaustausch zu treten, von vornherein vereiteln wollte. Es wäre jedoch verfehlt, wenn sich die deutsche Diplomatie durch solche Schreckschüsse ins Bodshorn jagen lassen wollte. Die Reparationsdebatte ist jetzt, Gott sei Dank, im Fluß und muß, allen Widerständen zum Trotz, unbedingt zu einem für uns annehmbaren Abschluß gebracht werden. Gerade von deutscher Seite muß der Kampf um die Revision mit aller Energie und größter Zähigkeit geführt werden, zumal sich auch im Ausland — abgesehen von Frankreich — die Erkenntnis über die Notwendigkeit einer Schuldensrevision immer mehr durchsetzt.

Erfreulicherweise zeigt man in Italien größeres Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands als in Paris, wo Briand aus Mangel und Verbitterung über seinen Mißerfolg bei der Präsidentenwahl eine ausgesprochen deutschfeindliche Stimmung an den Tag legt. Die bekannte Luriner „Stampa“ begrüßt die Begegnung in Chequers als ein geschichtliches Ereignis, über das sich Italien nur freuen könne. Allgemein sei das Gefühl vorhanden, daß dieser Weg rasch beschritten werden müsse. Die oberflächliche Darstellung der Pariser Presse könnte bei der heutigen Lage umso weniger gutem Glauben für sich beanspruchen. Für die italienische Haltung seien vor allem zwei Punkte maßgebend: Die Überzeugung, daß die Reparationszahlungen der sicherste Grund für die Störungen im internationalen Wirtschaftsleben sind. Ferner seien auch nach italienischer Auffassung die gegenwärtigen Reparationsverpflichtungen für Deutschland untragbar geworden. Wer sich dieser Kenntnis verschließen wolle, würde sehr bald unangenehme Ueberbahrungen gegenüberstehen.

In weit schärferer Form wendet sich das Londoner Arbeiterblatt und Regierungsorgan „Daily Herald“ gegen den Versuch der Franzosen, jede Revision der deutschen Tributzahlungen zu hintertreiben. Zu Briands Aeußerung, der Youngplan lasse keine Änderung zu und sei endgültig, schreibt das Blatt: „Diese Worte klingen wie Worte Poincarés, obwohl sie von Briand stammen. Deutschlands Schwierigkeiten werden mit keinem Worte gewürdigt. Die großen wirtschaftlichen Veränderungen, die seit der Abfassung des Plans eingetreten sind, werden mit keinem Wort anerkannt, und kein Wort der Anteilnahme oder des internationalen Verständnisses wird geäußert. Es gibt keine Argumente, keine Aussprache, sondern nur eine kurze schroffe Befehlsgebung des französischen Vetos. Gegen jede Revision oder auch nur Erwägung einer Revision wird die Tür zugeschlagen. Solche Methoden und Manieren bedeuten den Tod aller Ideale, deren Verkörper Briand ist. Eine Einigung oder Befriedung Europas ist unmöglich, so lange eine Großmacht in diesem Tone spricht und ihre eigenen Urteile als das Gesetz Europas hinstellt. Eine Revision des Youngplans oder irgendeiner anderen internationalen Vereinbarung ist Gegenstand für eine Untersuchung, für Erwägung, für freundschaftliche Aussprache. Wer das leugnet und von einer unabänderlichen „Endgültigkeit“ spricht, der redet nicht nur Unsinn, sondern verleugert die Bestimmungen der Völkervereinigung, der Briand so oft Treue gelobt hat. Wenn Briands Ziel gewesen wäre, mit einem Schlage alles Gute, was es jemals getan hat, zu zerstören, so hätte er nicht anders sprechen können. Er hat Frankreich, Deutschland, Europa und der ganzen Welt einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen.“

Selten ist die Zweispaltigkeit der französischen Politik mit einer derartigen Offenheit von englischer Seite gebrandmarkt worden, wie es hier durch das Londoner Regierungsorgan geschehen ist. Man wird gespannt sein dürfen, wie das Quai d'Orsay diese verdiente Lektion aufnehmen wird. Bisher liegt nur eine Aeußerung des „Journal“ vor, dessen Außenpolitiker die Ansicht vertritt, daß die Erklärung Briands, Frankreich betrachte den Youngplan als definitiv, nicht wörtlich zu nehmen sei. (?) Briand habe nicht sagen wollen, daß es keine Revision gibt, denn der Youngplan enthalte bereits gewisse Revisionsmöglichkeiten. Es hänge alles von den Vereinigten Staaten ab. Der amerikanische Senat werde erst im Dezember zusammentreten und werde kaum eine Zweidrittelmehrheit für die Abänderung der internationalen Schuldabmachungen aufbringen. Die regulären Wege seien also verschlossen, und die Liquidierung der Verschuldung stelle sich mithin als ein Sprung ins Ungewisse dar.

Es mag dahingestellt bleiben, ob das amerikanische Parlament sich tatsächlich einer vernünftigen Regelung der Schuldfrage verweigern wird, wenn eine Vereinbarung der internationalen Zahlungsverpflichtungen im wirtschaftlichen Interesse der ganzen Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, liegen würde. Vorläufig hat sich die amerikanische Regierung jedenfalls noch nach keiner Richtung hin festgelegt. Nach den letzten Meldungen aus Washington will sie sich erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Stimson von seiner Europareise über ihre künftige Haltung in der Schuldfrage schlüssig werden. Das dürfte nicht vor Ende des Sommers der Fall sein. Ob Deutschland eine Hinausschiebung der Entscheidung Amerikas bis zum Späthjahr abzuwarten noch in der Lage ist, erscheint uns jedoch sehr fraglich. Aller Voraussicht nach dürfte sich die Reichsregierung unter dem Druck der Verhältnisse schon früher zu einem entscheidenden Schritt entschließen müssen.

Urteil im Stahlhelmprozeß.

Die Bundesführer zu je 800 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Berliner Schöffengericht hat die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Seidte und Dueserberg, wegen gemeinschaftlichen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz (Verächtlichmachung der Republik) an Stelle einer auf sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu je 800 Mark Geldstrafe, den Hauptgeschäftsführer Kleinau an Stelle von drei Wochen Gefängnis zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Anklage stützte sich bekanntlich auf den Inhalt eines Auftrages, der von den Genannten im Anschluß an die Einbringung des Stahlhelmschutzes erteilt worden und in dem von „dem unheimlichen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus“ die Rede war. Die Verteidigung hatte den Wahrheitsbeweis für die in dem Auftruf enthaltene Behauptung angedroht und dafür die Laduna einer großen

Die Staatsregierung hat erklären lassen, daß sie diesem Entwurf nicht beitreten könne, und hat seine Abänderung dahin empfohlen, daß sie im Wege des Kredits bis zu 60 Millionen Mark beschaffen und diesen Betrag zur Erleichterung der Wohlfahrtskassen der Gemeinden zur Verfügung stellen solle. Der Hauptauschlag hat sich diesem Abänderungsvorschlag angeschlossen. Der Entwurf soll mit dem 1. Juli in Kraft treten.

Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage gegen die Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ohne Aussprache verabschiedet wurde der Gesetzentwurf über eine zwischen Preußen und Lippe vereinbarte Grenzveränderung.

Hierauf verlagte sich das Haus auf Freitag, 12. Uhr: Kleine Vorlagen.

Schutz der Milchwirtschaft!

Der Kampf um die Rentabilitätsgrundlage der bäuerlichen Wirtschaft.

Auf der Generalversammlung der Westfälischen Bauernvereine in Paderborn hielt Reichsernährungsminister Dr. h. c. Schiele eine große angelegte Rede, in der er die gegenwärtige Lage der bäuerlichen Wirtschaft behandelte.

Dr. Schiele hob in seinen Ausführungen besonders hervor, daß es sich bei den Forderungen der Landwirtschaft nach einem angemessenen Schutz ihrer Erzeugnisse vor ausländischer Konkurrenz nicht um die Herbeiführung einer Preissteigerung handele, sondern um die Verhinderung eines die deutsche Landwirtschaft ruinierenden Preisdrucks durch ausländische Ueberproduktion.

Durch eine folgerichtige Weizenpolitik in Verbindung mit anderen Maßnahmen sei es gelungen, den Roggen wieder zum Brotgetreide zu machen.

Für die Zukunft müsse ein gutes Preisverhältnis zwischen den einzelnen Brotgetreidearten und Futtergetreidearten mit dem Ziele erstrebt werden, daß die Verwertung der neuen Ernte zu angemessenen Preisen gesichert sei. Der Verbraucher dürfe selbstverständlich nicht unnötig belastet werden. Aber es müsse mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß dem deutschen Volke in allen Teilen des Reiches Roggen und Roggenbrot zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehe.

Stehende man somit für die Getreidewirtschaft auf gesichertem Boden, so gelte der Endkampf des deutschen Bauern gegen den hartumstrittenen Schutz der Veredelungswirtschaft, vor allem der Milch-Molkerei-Produkte. Der mit der Abänderung des finnischen Handelsvertrages beschrittene Weg werde konsequent weiter verfolgt werden.

Der Schutz der Milchwirtschaft sei etwas so Unverzichtbares, eine so elementare Forderung der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, daß keine Regierung vor diesem kategorischen Imperativ einer gesunden Bauernpolitik ausweichen könne.

Arbeitsuche in Holland!

Im Jahresbericht des „Deutschen Hilfsvereins in Amsterdam“ wird darauf hingewiesen, daß auch in Holland etwa 130 000 Menschen keine Beschäftigung weder im Handel noch in der Industrie, weder im Landbau noch im bürgerlichen Gewerbe haben. Die Einwanderer, die nach Holland kommen, gewöhnlich mit wenig Barmitteln versehen, erleben deswegen durchweg die Enttäuschung, daß sie Arbeit nicht finden. Das große Heer deutscher Mädchen, von denen wohl etwa 3000 in Amsterdam im häuslichen Dienste stehen, genügt für den Bedarf vollkommen. Weiterer Zugang kann nicht aufgenommen werden. Die Warnungen vor Auswanderung nach Holland, die man in letzter Zeit häufiger bekannt gab, haben aber noch nicht genügend gewirkt. Der deutsche Hilfsverein hat dadurch Aufgaben in einer solchen Höhe bekommen, daß er nicht mehr weiß, allen gerecht zu werden. Er hat nicht nur die Pflicht, für die in Stellung befindlichen Mädchen zu sorgen, falls Krankheitsfälle eintreten; er muß auch denen helfen, die ununterrichteter Sache mit laihnen Flügeln wieder in die Heimat zurückzugehen genötigt sind. Der Hilfsverein muß mit seinen Geldmitteln rechnen, die ihm nur in beschränkter Weise zur Verfügung stehen. Es gehe also niemand nach Holland, der dort nicht eine feste Stelle sicher hat.

Auswandererhilfe, Bad Oeynhausen.

Anzahl prominenter Zeugen abgelehnt. Zu Beginn der Verhandlung erklärten beide sowohl wie Duestenberg, daß sie auch heute jedes Wort des Aufrufs aufrechterhielten, und daß sie bereit wären, jede Konsequenz zu tragen.

Polen protestiert.

„Der Stahlgelmtag ein beunruhigendes Moment.“

Die polnische Regierung hat in Berlin eine Note überreichen lassen, in der wegen der Stahlhelmschulung in Breslau Protest erhoben wird. In der Note wird behauptet, daß diese Schulung ein „beunruhigendes Moment“ darstelle und im Widerspruch zu der Genfer Vereinbarung stehe, daß Beunruhigungen diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenze vermieden werden sollen.

In Berliner politischen Kreisen wird dazu darauf hingewiesen, daß es sich bei der Schulung des Stahlhelms in Breslau um die Veranstaltung einer privaten Organisation gehandelt hat, auf die die Reichsregierung keinen Einfluß ausüben kann. Gleichzeitig wird betont, daß die Behauptung, die deutsche Regierung habe in Genf Zusicherungen bezüglich des Stahlhelmtages gemacht, unzutreffend ist. Im übrigen ist der polnische Protest eine unerhörte Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse, die aufschärfte zurückgewiesen werden muß. Besonders interessant an der polnischen Demonstration ist ihr gleichzeitiges Auftreten mit den gleichartigen Einmischungsversuchen Briands.

Der Schutz der Minderheiten.

Aussprache im englischen Oberhaus.

Im englischen Oberhaus fand eine Aussprache über die Minderheitenfrage statt. Lord Dickinson (Arbeiterpartei) erklärte die Regierung, eine Erklärung über ihre Haltung bei den letzten Völkerverhandlungen in Bezug auf den Schutz der nationalen Minderheiten abzugeben. Lord Dickinson wies auf die Minderheitenrechte, insbesondere die Freiheit des Schulunterrichts, der Sprache und der Religionsausübung, hin. Zur Sicherung dieser Rechte habe die britische Regierung nicht nur das Recht eingegriffen, sondern es sei ihr in den Verträgen die wichtige Pflicht, vermittelnd einzugreifen, auferlegt worden.

Dickinson kam dann auf die deutschen Minderheiten zu sprechen und erklärte, die Minderheiten deutscher Rasse würden auf mindestens acht Millionen geschätzt und seien auf etwa zwölf verschiedene Länder zerstreut. Es sei nur natürlich, daß, wenn diese Minderheiten in Not seien, die ganze deutschsprachige Bevölkerung in Europa mit ihnen sympathisiere. Der Völkerverbund habe die Minderheitenklagen niemals von einem allgemeinen Standpunkt geprüft. Lord Dickinson begrüßte das persönliche Eingreifen Hendersons in der oberflächlichen Frage.

Lord Parmoor betonte im Namen der Regierung die ersten Verpflichtungen, die England hinsichtlich der Minderheiten übernommen habe.

Die britische Regierung habe sich nicht nur an der Regelung der Minderheitenfrage beteiligt, sondern sie habe auch versucht, eine gerechte Behandlung aller zu erreichen.

Zu den deutschen Minderheiten in Oberschlesien übergehend, erklärte Lord Parmoor, dies sei die einzige Minderheitenfrage, die auf der letzten Völkerverhandlung erörtert wurde. Aber seither seien weitere Schwierigkeiten eingetreten, und in der Mai-Tagung sei beschlossen worden, die Frage bis auf den September zu vertagen. Es sei die Aufgabe des Völkerverbundes, die Friedens- und Zusammenarbeit in internationalen Leben zu fördern, und er glaube, daß größere Öffentlichkeit in Bezug auf die Lage der Minderheiten und eine Einschaltung des Haager Gerichtshofes ratsam wäre.

Letztes Lebenszeichen.

Die Botschafterkonferenz zur Entwaffnungsfrage. — Ein Schreiben Briands an den Völkerverbund.

Das Genfer Völkerverbandssekretariat veröffentlichte einen Brief, den der französische Außenminister Briand in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der fassam bekannten Pariser Botschafterkonferenz am 16. März 1931 an das Generalsekretariat gerichtet hat und den Schlußbericht über die Beendigung der in Versailles Verträge vor-

geesehenen Entwaffnung Deutschlands darstellt. Dieser stützt sich auf die im Jahre 1927 bzw. 1930 mit der Abreise der internationalen Militärkontrollkommissionen und Militärfachverständigen beendeten Entwaffnungsaktion.

Die Botschafterkonferenz schließt ihren Bericht mit der Erklärung, daß in vier Punkten noch Beanstandungen der deutschen Rüstungsverhältnisse möglich seien, und zwar hinsichtlich 1. der Rekrutierung und Truppenstärke; 2. der militärischen Verwaltungseinrichtungen; 3. der Polizei; 4. der Bildung deutscher Wehrverbände. Ferner empfiehlt sie dem Völkerverbund, aus diesen Beanstandungen die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Dem Bericht der Botschafterkonferenz kommt nach Auffassung Berliner zuständigen Stellen keine praktische Bedeutung zu. Es handelt sich vielmehr um geschäftsmäßige Erledigung eines Vorganges von 1927. Damals, also vor vier Jahren, war von der Botschafterkonferenz ein abschließender Bericht in Aussicht gestellt worden. Der Bericht ist absolut einseitig — er geht im wesentlichen auf den französischen Vertreter zurück — und schon deshalb keine beweiskräftige Darstellung der Entwaffnung.

Vor allem aber kann der Völkerverbund aus diesem Bericht keine Schlußfolgerungen ziehen.

Er ist gar nicht in der Lage, in Fragen der deutschen Entwaffnung von sich aus vorzugehen, sondern nur dann, wenn gemäß Artikel 215 eine Macht einen Investigationsantrag stellt und eine Verletzung Deutschlands glaubhaft gemacht hat. Von deutscher Seite sind übrigens die meisten Behauptungen, die in diesem Bericht aufgestellt werden, längst widerlegt und zurückgewiesen — ein weiterer Grund dafür, daß man es an zuständiger Stelle für zwecklos hält, sich mit dem letzten Lebenszeichen der Botschafterkonferenz unfähigen Angelegenheiten näher zu befassen. Offenbar will Frankreich sich mit den letzten Beanstandungen der Militärkontrollkommissionen offenhalten, bei den kommenden Abrüstungsverhandlungen „Beweise“ gegen deutsche Forderungen an der Hand zu haben.

Letzte Meldungen.

Die Deutsche Volkspartei für Einberufung des Reichstages.

Berlin, 12. Juni. In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich am Donnerstag bis gegen Mitternacht hinzog, und an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei teilnahmen, berichtigte der Parteivorsitzende, der Abgeordnete Dingeldey, über die innen- und außenpolitische Gesamtlage und über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Nach eingehenden Beratungen hat die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, für die Einberufung des Reichstages einzutreten.

Neubildung des Kabinetts erwartet.

Berlin, 12. Juni. Die Entscheidung der volksparteilichen Reichstagsfraktion für die Einberufung des Reichstages wird vor allen Dingen so aufgenommen, daß nach ihrer Auffassung der Nation neue Lasten nur dann zugemutet werden könnten, wenn gleichzeitig auch entscheidende Aktionen in der Reparationsfrage erfolgten. Außerdem wird von volksparteilicher Seite betont, daß man in der vorliegenden Notverordnung weder eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushaltswirtschaft, noch eine Einbahnung der Wirtschaftsgesundung zu erblicken vermöge. Man erwarte von Dr. Brüning, daß er nunmehr zu der seit langem geforderten Neubildung des Kabinetts schreite.

Falls mit der Entscheidung der Deutschen Volkspartei im Kabinettsrat des Reichstages sich eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages ergeben sollte, wird mit der Gesamtdemission des Kabinetts Brüning gerechnet, da der Reichskanzler in den Parteiführer-Besprechungen des Donnerstag seine Auffassung nach dieser Richtung hin schon mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Verschiedenes.

Jahresfest der Anstalt Bethel. Am Sonntag, den 21. Juni, wird die Anstalt Bethel ihr Jahresfest feiern. Wenn in diesem Jahre durch die Gedächtnisfeier Vater Bodelschwings in der Bethelanstalt viele Beweise treuer Liebe aus den Kreisen hilfsbereiter Menschen entgegengebracht wurden, so klopfte andererseits auch soviel Not und Hilflosigkeit an ihre Tore, wie das wohl bis dahin noch nie der Fall gewesen ist. Sicher wird der Grundton auch dieses Jahresfestes wieder der Ton des Dankes sein. Aber freuen wird sich die Anstalt Bethel, wenn sie auch durch Teilnahme an ihrem Feste erfährt, daß eine liebende Gemeinde im Lande umher hinter ihr steht. Es sei deshalb schon jetzt einmal auf das Jahresfest hingewiesen, damit man sich hier und da rüsten kann auf eine Fahrt zum Jahresfest von Bethel.

Sommer- und Herbstreisen der Schiller-Akademie.

Die Schiller-Akademie bringt im Rahmen ihrer üblichen kulturellen Veranstaltungen auch im kommenden Sommer und Herbst eine Reihe von allgemein zugänglichen, gemeinnützigen Studien- und Ferienfahrten zur Durchführung, die u. a. im Juni und September nach dem Sonnenland Dalmatien, in den Ferienmonaten Juli und August nach den Weltstädten Wien, Budapest, Paris und London, sowie nach Norwegen, Schweden und Dänemark führen. Anlässlich der Studienfahrt nach Paris werden die Schlachtfelder und Gräber um Verdun besucht und kann ein Ausflug in die Normandie und nach den Weltbädern Deauville und Trouville unternommen werden, während von London aus Ausflüge nach Oxford, Stratford und zur Insel Wight sowie nach Schottland vorgesehen sind. Im Herbst veranstaltet die Akademie zwei besonders schöne Fahrten, und zwar eine Reise nach Spanien und Marokko und eine Fahrt nach Athen—Konstantinopel zu überaus günstigen Bedingungen. Ausführliche Beschreibungen zu diesen preiswerten Veranstaltungen versendet gegen 15 Pfennig Porto kostenlos die Verwaltung der Schiller-Akademie in München-Grünwald.

Local- und Provinzialnachrichten.

Sonderzug nach Göhren. Die Reichsbahn teilt mit, daß die für die Zeit vom 14. bis 21. Juni vorgesehene Sonderfahrt nach Rügen—Bad Göhren—Ropenhagen bestimmt stattfindet.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde in Bethel.

Sonntag, den 14. Juni 1931. 2. S. n. Trin. 8½ Uhr: Pastor Brandt. 9 Uhr: Superintendent Simon. 10 Uhr: Pastor Meyer. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, 20½ Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde.
Donnerstag, 19½ Uhr: Pastor Kirchhöfer.

Kirchliche Nachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 14. Juni 1931. 8 Uhr vorm.: Pastor Neuhaus. 10 Uhr vorm.: Pastor Hopmann. 1½ Uhr nachm.: Kindergottesdienst.
Dienstag, den 16. Juni 1931. 8½ Uhr abends: Bibelstunde in Untertheesen. 8½ Uhr abends: Bibelstunde im Hellingskamp.

Waldgottesdienst bei gutem Wetter auf der Waterbör.

Am Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10½ Uhr: Pastor Pawlowski. Posaunenchor wirkt mit.

Bethel.

Herr Dr. Boeck ist leider vorerst nicht mehr in der Lage, Sprechstunden abzuhalten. Dr. Schneider.

Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Freitag, 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Gosen. Herr Pastor Schlatter über das Thema: „Die augenblickliche Lage unseres Volkes.“ — Vereinsberichte.

B.-R. Bethel. Die Radfahrt nach Reelfen findet doch statt. Treffpunkt: Betheldecke, Sonnabend 16 Uhr.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Für die freundlichen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Vermählung danken sehr herzlich

Bernhard Groeneveld
und Frau Magdalene, geb. Hilgemann

Sigmarshof, den 12. Juni 1931

Jungborn Rudolf Juffs Kuranstalt
35 JAHRE JUNG BORN KUREN:
Vallet, Heilende Sonnenluft, Atmung, Gymnastik, Massage, Dampfbäder, Kuren.

Blickfelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldener Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flögelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20-26
Katalog und Preisliste gratis.

Gutshaus
in landschaftlich schönster Gegend, direkt am Walde gelegen, schöne Ausflugsmöglichkeit, nimmt für kürzere oder längere Zeit Erholungsuchende auf. Tagespreis bei vier Mahlzeiten 4.50 RM. Anfragen erbittet Frau von Kleude, Gaemellendun, Post Hameln-Land.

Jetzt ist es Zeit,

Ihre Bestecke zu ergänzen. Die Preise sind wesentlich herabgesetzt. Neue Preislisten bereitwilligst.

ERNST MÜNCH,
UHRMACHER / BRACKWEDE
Hauptstraße 81 / Fernsprecher 2426.

Gläub. Mädchen
für alle Hausarbeit mit guten Zeugnissen z. 1. Juli 1931 gesucht.
Privat-Pension-Roth,
Auerbach a. d. Bergstr.

Mein edler
Tilsiter Vollkornbrot
mit 48/52%, Fett 1. T. kostet ab heute nur RM 0.90 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis mit Nachn. Porto u. Verpackung frei.
Friedrich Stotzka
Dampfmöbelwerk Tilsit, Tilsit, Post Tilsitwehen. Tilsit, Niederung.

In schöner Gegend Oberheßens finden
Erholungsuchende
freundl. Aufnahme in Privathaus. Tagespreis bei guter Verpflegung (4 Mahlz.) 2.50 RM. bis 3. RM. (Bathstation) Wilhelm Krümer, Langsdorf (Oberheßens). Telefon und Bad im Hause.

Harmoniums
erstklassige und solide Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teilzahlung.
Blickfelder Piano- u. Harmonium-Hdlg.
Otto Stierstadt
Bielefeld, Ellerstraße 17.
Gegr. 1905. Tel. 3787.

Pianos
In schöner Gegend Oberheßens finden
Erholungsuchende
freundl. Aufnahme in Privathaus. Tagespreis bei guter Verpflegung (4 Mahlz.) 2.50 RM. bis 3. RM. (Bathstation) Wilhelm Krümer, Langsdorf (Oberheßens). Telefon und Bad im Hause.

Ich suche zum 1. Juli gebildetes
jung. Mädchen
nicht unter 18 Jahren, als Haus- tochter mit vollem Familienan- schluß, schl. u. schl. Mädchen vorz.
Frau Pastor Niemöller,
geb. Bismarck,
Bielefeld, Satobusstraße 5.

Ferienaufenthalt
Erholungsbedürftige find. freund- liche Aufnahme in m. Sonnen- häusl. Ruhe, Wald, Bielef. Liege- stühle (Prospekt) Beste Verpfleg. 4 Mahlzeiten pro Tag 4-4.50 RM.
Frau S. Lepper, Dornhagen 650 m (württ. Schwarzwald)

Suche für 14½ Jähr. gut erzog., sauberes, flinkes und durchaus christliches Mädchen Stellung als
Hausmädchen
wo Hausfrau persönl. anleitet, für sofort oder später.
Hr. Wolf, Uttenfeld (Thür.) bei Großbrettenbach.

Kleine christliche
Privat-Pension
Otto Roth
Luftkurort Auerbach a. d. B.
Villa, Garten. Sonnige Lage. Liege- halle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause.
Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—
Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Gläubige, kinderliebe, geb., ges.
Persönlichkeit
gef. z. Vertret. d. Hausfr., nicht ab. 30 Jahre. Off. Haush. mit 6 Jähr. Anaben. 3½ Zimmern. Zehlendorf-Berl. Geh. incl. Kassen 45 RM. monatl. Bewerb. mit guten Zeugnissen an Pfarrhaus Achte (Westprignitz).

In ruhigem Hause auf dem Lande finden
Erholungsuchende
freundl. Aufnahme. Waldreiche Gegend in der Nähe Bielefelds am Fuße d. Teutoburger Wälder. Gute bürgerliche Küche. Pension: preis von 3.— RM. an.
Hr. Strathoff, Siefer bei Bielefeld, Ständenstr. 3.

Es finden einige
Ruhe- und Erholungsbedürftige
liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., son- niges Haus. Beste frische und tiefgefahrene Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Außerst preiswert.
Landw. Schröder, Wahren, Post Blomberg (Bippe).

Zimmer
mit guter Verpflegung Nähe Kurhaus mit voller Pension 4.50 bis 5 RM. zu vermieten.
Frau E. Wagner Ww., Bad Nauheim, Burgstr. 25.

Beilage des Aufwärtz

Nr. 135.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 13. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Weltbundtagung.

Die in Hamburg vom 1.—3. Juni tagende 9. Jahresversammlung des deutschen Zweiges des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen brachte insofern eine besondere Sensation, als sich gleich zu Anfang zeigte, wie stark umstritten die Arbeit des Weltbundes in evangelischen Kreisen ist. In einer großen Hamburger Zeitung, die in der kirchlich gerichteten Bevölkerung viele Leser hat, wurde von zwei in Hamburg sehr bekannten Professoren der Theologie am Morgen des ersten Versammlungstages eine unzweideutige Abfrage an die Ziele des Weltbundes veröffentlicht. Sie wurde begründet mit der Sorge, daß durch solche eine Veranstaltung die Verlogenheit der internationalen Lage erhalten und gesteigert werden, daß sie eine Verleugnung des deutschen Schicksals und eine Verwirrung der Gewissen im Inlande und Auslande sein müßte. Wenn es so wäre, dann wäre die Arbeit dieser Tage freilich gerichtet, und gewiß hat mancher unter dem Eindruck dieses Artikels die Veranstaltungen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, um sich vom Recht oder Unrecht dieses Vorwurfs zu überzeugen. Wie steht es damit? Schon vor der Predigt in der dicht gefüllten Nikolai-Kirche, die noch vor der Veröffentlichung des fraglichen Artikels gehalten wurde, gehört hatte, mußte den Eindruck gewinnen, daß jedenfalls der Vorsitzende des Bundes, D. Burghart, der geistliche Vizepräsident des ev. Oberkirchenrates aus Berlin, um die Not des deutschen Schicksals weiß und nicht gewillt ist, um der Friedensarbeit willen irgend etwas zu verschleiern. Ja, da die von ihm angeschlagenen Töne so wohl von ihm wie von verschiedenen andern deutschen Rednern während der ganzen Tagung immer wieder aufgenommen wurden, so hätte man sich aufrichtiger Friedensfreund des In- und Auslandes vielleicht bisweilen gewünscht, daß die internationale Verpflichtung neben der nationalen Verpflichtung noch etwas stärker betont worden wäre. Um den Ausgleich der starken Spannung zwischen diesen beiden Verpflichtungen, die das Thema des ersten Tages bildete (Referenten Prof. Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Hamburg und General-Superintendent Eger-Magdeburg), wurde jedenfalls auf der gesamten Tagung mit tiefem Ernst gerungen. Nicht nur von den deutschen Referenten, sondern auch von den ausländischen Gästen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß ein schwärmerischer Pazifismus, der nicht von starker Liebe zum eigenen Volk getragen ist, für eine wirkliche Förderung des Friedens keine praktische Bedeutung hat. Nur im Zeichen der Wahrheit ist Friedensarbeit möglich. Aber freilich geht es nicht darum, den fremden Völkern immer nur die Wahrheit und dem eigenen Volk alles Gute zu sagen; es gehört wesentlich zur Friedensarbeit, auch sich selbst mit dem eigenen Volk unter das Wort der Buße zu stellen. Das hat neben andern einer der ältesten freikirchlichen Mitarbeiter des Weltbundes in der von circa 1800 Menschen besuchten öffentlichen Kundgebung über „Christentum und Völkerfrieden“ mit tiefem Ernst hervorgehoben. Er konnte das um so mehr, als er in derselben Versammlung mitteilte, daß er noch ganz vor kurzem auf einer Massenversammlung in London in klaren Worten die Engländer daran erinnerte, wie tief das deutsche Volk durch die Nicht-Innehaltung feierlicher Verpflichtungen in Bezug auf die Abrüstung enttäuscht sei. Die Abrüstungsfrage war der letzte Verhandlungsgegenstand der Tagung. Leider hatte der politische Referent, Graf Bernstorff, in letzter Stunde absagen müssen. Aber da er schon vor drei Jahren auf der Heidelberger Tagung zum gleichen Thema gesprochen hatte, so konnte in der zur Sache gefassten, einstimmig angenommenen Resolution auf diese Tagung Bezug genommen werden. Es war auch im Sinne des theologischen Referenten, des Hauptpastors D. Beckmann-Hamburg, wenn in dieser Resolution zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Weltbund in der Abrüstung ein wesentliches Mittel für die Erhaltung des Friedens sehe, aber mit ganz tiefem Ernst angesichts der steigenden Enttäuschung und Verzweiflung in Deutschland ihre Beschränkung und die ehrliche Innehaltung der Verträge fordern müsse. Diese Resolution ist in erster Linie für die Weltbundtagung in Cambridge bestimmt, die im Herbst stattfinden wird, und ist geeignet, den dort zu erwartenden kirchlichen Vertretern aller Länder die auch bei den ehrlichsten Friedensfreunden in Deutschland bestehenden Wünsche und Sorgen für die Erhaltung des Friedens eindringlich nahezubringen.

Daß die Arbeit des Weltbundes nicht nur in einem leeren Gerede besteht, sondern wenn auch vorerst in sehr bescheidenem Maße und vor allem in treuer Kleinarbeit, praktische Früchte zeitigt, wurde besonders bei der Behandlung des Themas „Grundrechte der Völker“ (Minderheitenfrage) deutlich. Einer der besten Kenner dieser komplizierten Angelegenheit, Lord Dickinson of Painswick, der Ehrensekretär des Weltbundes, zeigte, daß diese Frage nur durch Einführung ganz neuer, auf sittlicher Grundlage ruhender Methoden internationaler Politik gelöst werden könnte. Das bisherige Vergehen des Völkerbundes wurde zugestanden und die von deutscher Seite zur Geltung gebrachten und praktisch durchgeführten Grundsätze rühmend anerkannt. Als den eindringlichsten Beweis für die Notwendigkeit und den Wert der Weltbundsarbeit kann man aber wohl den Bericht des deutschen Bischofs aus Riga, D. Polchau, über die Re-

gelung der Minderheitenfrage in Lettland bezeichnen. Unter der stärksten Anteilnahme und inneren Bewegung der großen Versammlung erzählte dieser hochherzige, tief in seinem Volkstum wurzelnde baltische Kirchenführer, wie es durch die wahrhaft christliche Veröhnungsbereitschaft des lettischen lutherischen Bischofs Irbe bisher gelungen ist, durch das Vorbild der Kirche und ihrer Führer einem ganzen Volk Richtlinien zur Regelung der heiß umstrittenen Minderheitenfrage zu geben, und dies Vorbild wird auch dann weiter seine Früchte tragen, wenn jetzt durch das neue Aufblühen des lettischen Chauvinismus (Rigaer Domfrage) ein Teil der ausgestreuten guten Saat vernichtet werden sollte. Wenn es noch einer Bestätigung bedürftig hätte, so wurde durch Person und Bericht dieses Mannes das Wort des Hamburger Bürgermeisters Dr. Petersen aus der Begrüßungsrede am ersten Abend bekräftigt: Kampf für den Frieden ist nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern Zeichen der Kraft. Daß für die Erschließung der Quellen dieser Kraft die Mitwirkung der christlichen Kirchen nicht entbehrt werden kann, und daß sie bei aller tiefen Verbundenheit mit dem Schicksal ihres eigenen Volkes dazu eine ernste Verpflichtung haben, das klang durch alle gottesdienstlichen Veranstaltungen, durch die Referate und die Diskussionsreden, an denen sich verschiedene namhafte Kirchenführer des Auslands beteiligten, immer wieder hindurch. So wird man aufs Ganze gesehen die Tagung als ein Zeugnis evangelischen Geistes bezeichnen dürfen, und das wird seinen Eindruck auf die Christen des Auslandes und hoffentlich auch auf manche Kirchenzweiger des Inlandes nicht verfehlen.

gez. H. Wagner.

Sester Trost.

Wie ist er groß, dein Gott-Verföhner,
In seinem Von-der-Erde-geh'n!
O größer, wunderbarer, schöner,
Hat ihn kein Himmel nie geseh'n!
Und wenn in all der Not, der Tollen,
Du flagst, daß du nicht glauben kannst:
Hör, Hör, es ist das Glaubenwollen,
Der Trost, mit dem die Not du bannt!
Die Schuld der ganzen Welt bezahlend,
Gilt Gottes Opfer ewiglich,
Und seine Sonne, herrlich strahlend,
Hat Licht für alle, auch für dich!

Voersing.

Säkularismus.

Unter Säkularismus versteht man „die Form, in der die gefallene Welt sich in dämonischer Weise an die Stelle Gottes zu setzen sucht, von dem sie doch jeden Augenblick ihr Sein empfängt.“ (Karl Heim.) Diese Bewegung ist so alt wie die Welt selbst und ebenso alt als der Gottesglaube. Aber neuerdings ist die Aufmerksamkeit der Christenheit ganz besonders auf diese Bewegung gelenkt worden, der Bolschewismus ist ja nur eine besondere Erscheinung davon. Den Ausdruck haben wohl die Amerikaner geprägt (Secularism), die ihn auch in die Sprache der Theologie und der christlichen Kirche eingeführt haben, übersehen kann man ihn mit „Verweltlichung“.

Die christliche Kirche hatte besonders auf zwei Gebieten mit dem Säkularismus zu tun, auf dem der Inneren und dem der Äußerer Mission.

Die Verweltlichung unserer Wohlfahrts-pflege wird heute vom Sozialismus ganz systematisch getrieben, auch hier mag eine der Reibungsflächen sein zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, die kürzlich den Berliner Bischof Dr. Schreiber zu seinem Aufsatze in der Germania veranlaßt hat, worin er ein starkes Abbrücken des Zentrums von seinem seitherigen gottlosen Bundesgenossen fordert. Denn die katholischen Anstalten leiden ebenso wie die evangelischen unter der Sperre, die von den nicht christlich gesinnten Regierungs- und kommunalen Wohlfahrtsstellen über sie verhängt ist. Man will die Werke christlicher Nächstenliebe nicht mehr, man glaubt, mit rein weltlichen religionslosen Anstalten und Erziehungsmahnahmen auch der Verwahrlosung der Kinder entgegenzutreten zu können. Ebenso sucht man in der Krankenpflege möglichst die religiösen Schwestern und Diakonissen auszuschalten und durch rein weltliche, lediglich beruflich interessierte Pfleger und Pflegerinnen zu ersetzen. Der Kampf gegen die Seelsorge, gegen das Tischgebet, gegen Andachten in den Krankenanstalten ist auch aus dieser Gesinnung zu verstehen, die nicht mehr in religiösen Dingen tolerant ist, sondern glaubt Gottesverehrung und Frömmigkeitsübung mit Machtmitteln verhindern zu können.

Der christlichen Seidenmission ist nun im Säkularismus der schlimmste Gegner erwachsen. Hier ist er übrigens alt, in der Geschichte der englischen

ost-indischen Kompagnie hat sich schon vor über 100 Jahren diese Missionsgegnerschaft gezeigt. Die verheerenden Auswirkungen treten aber erst heute besonders zutage: Es stürmt die ganze europäische Zivilisation mit Auto, Kino und Radio auf die primitiven Völker ein. Hier wird nicht nur der Glaube an Ahnengeister und Stammesgötter zerstört, sondern jede Gebundenheit am Volkstum, Sitte und Sittlichkeit und es wird den Völkern einfach nichts dafür geboten als Dollars, europäische Vergnügungen und Laster. Hier entwickelt sich eine ungeheure Schuld der weißen Rasse, die ein Mann wie Albert Schweitzer mit Einfügung seines Lebens in den Dienst der Schwarzen zu sühnen sucht. Welche ungeheuren Vermürbungen die europäische Zivilisation in Afrika anrichtete, sah Missionsinspektor D. Weichert auf seiner Inspektionsreise nach Südafrika. Er traf Tausende und aber Tausende von Schwarzen aus dem Inneren Afrikas, die aus ihrer Heimat in die Gold- und Diamantenminen Südafrikas verlockt waren und die nun ohne Familie, ohne Stamm, ohne Volk, ohne Sitte, ohne Sittlichkeit, ohne Gott einfach als atomisierte Menschen in großen Lagern dahin lebten. Für ihre schwer verdienten Dollars kauften sie sich Alkohol, besuchten Kinos und lebten ausschweifend. Die meisten starben an den Folgen von Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose oder kehrten wieder verarmt und verbraucht an Leib und Seele, gebrochen, halb aufgeklärt, ihrem Volkstum entfremdet nach Afrika zurück. (D. Weicherts Buch „Reise wieder Afrika“.) Wir ahnen gar nicht, wenn wir Kakao trinken und Bananen essen, welch furchtbares Menschenmorden gegenwärtig im Namen des götzen Mammon in Afrika geschieht und wie entsetzlich unsere gottlos und verantwortungslos gewordene Zivilisation sich an vielen Völkern auswirkt.

Wenn wir nun nach den Ursachen des Säkularismus fragen, so liegt natürlich nahe anzunehmen, er sei einfach eine Folge der Fortschritte der Naturwissenschaft und der Technik. Doch beruht diese Annahme auf einem Irrtum. Denn die Erkenntnis der Natur und ihrer Gesetze macht den Menschen nicht gottlos. Im Gegenteil, sie erfüllt ihn mit Ehrfurcht vor dem göttlichen Gesetzgeber und läßt ihn anbetend seine Werke bewundern. Das zeigt die wirklich gläubige Haltung der großen Naturforscher selbst. (Vergl. das bereits 1895 erschienene, Aufsehen erregende und noch heute beachtliche Büchlein von Professor D. Dennert, „Die Religion der Naturforscher“.) — Auch die Technik wird den Menschen nicht irgendwie von Gott wegführen, im Gegenteil, wer hineinschaut in die tiefen Geheimnisse der technischen Werkstatt und auch die Grenzen unseres Erkennens sieht, der ahnt etwas von Gottes Herrlichkeit und Macht, durch die wir letztlich allein existieren. Ein Mann wie der Entdecker der Gesetze des überhitzten Dampfes, einer der erfolgreichsten Erfinder vor dem Kriege, Rautat Schmidt (genannt der „Heißdampf-Schmidt“), ist gerade dadurch zum demütigen Christen geworden, der alle seine Entdeckungen und Erfindungen ausdrücklich als Gnadengeschenk Gottes hingenahm, wie ich selbst aus seinem eigenen Munde gehört habe. Gerade der Mann der Technik wird erst dann den Sinn der technischen Weltbeherrschung richtig erfassen und die Verantwortung dafür tragen können, wenn er darin die Erfüllung des uralten Gottesgebotes sieht. Macht die Erde euch untertan und herrscht über sie. (Vergl. Hans Lilje, „das technische Zeitalter“, Fischeverlag.)

Die wahren Wurzeln des Säkularismus gehen tiefer. Nach Professor Heim („Der Kampf gegen den Säkularismus“ im Jahrbuch 1931 der deutschen Missionskonferenzen, in der Kirche und anderen Zeitschriften) müssen wir zwei Hauptwurzeln erkennen, nämlich 1. die Vergötzung des Menschen und 2. die Anbetung der Schöpfung an Stelle des Schöpfers.

Jeder Versuch, das eigene Ich des Menschen ohne die ständige Abhängigkeit von Gott festzuhalten führt zu solcher Vergötzung, die Bibel zeigt uns ein ganz anderes Bild: Er existiert gewissermaßen nur als ein Hauch von Gott her als der Gefallene und Begnadigte. Sowie des Menschen Persönlichkeit ohne diese Abhängigkeit betrachtet wird oder sonst irgendwie der Mensch zum Maß aller Dinge gemacht wird, wird der Mensch von Gott losgelöst zum Empörer gegen ihn (Psalm 2). So kann die Gottlosigkeit in ihrer brutalen Form einer scheinbar ganz seinen edlen Wurzeln entsprossen.

Ähnlich ist, wenn wir die Welt ohne Gott ansehen, sie wird uns übermächtig, wir vergehen über der Schöpfung den Schöpfer. Anstelle des heiligen überweltlichen Gottes treten Naturgötter wie bei den Heiden und den Juden zur Zeit des Abfalls. Wir vergötzen die Welt und damit lösen wir uns von unserem Schöpfer und Erhalter und werden dahin gegeben hemmungslos in die Herrschaft der Triebe, ja die Natur wird zur Unnatur des Menschen (Vergl. Römer 1).

Der Bolschewismus steht vor uns wie ein Abgrund. Er zeigt uns drohend die Vernichtung unserer Kultur. Es ist aber notwendig, daß wir nun den Säkularismus als Vorstufe und seine geheimen Wurzeln erkennen. Es ist bei dem Gleiten in den Abgrund unmöglich, daß die Kirche jetzt gewissermaßen eine Bremsbremse ansetzt zur Rettung unserer Kultur, wie es von vielen gefordert wird. Der Säkularismus kann nur radikal, d. h. in den Wurzeln bekämpft werden.

Sonntag, den
Fest feiern.
Festfeier Vater
Beweise treuer
schen entgegen-
uch joviell Not
wohl bis dahin
der Grundton
s Dankes sein.
n sie auch durch
e liebende Ge-
Es sei deshalb
wießen, damit
ne Fehrt zum

Akademie.
en ihrer über-
kommenden
mein zugäng-
enfahnten zur
ptember nach
monaten Juli
idwest, Paris
en und Däne-
n nach Paris
Verdun be-
die und nach
unternommen
nach Oxford,
ch Schottland
die Akademie
ne Reife nach
nach Athen-
gungen, Aus-
en Veranstal-
kostenlos die
en-Grünwald.

richten.
ichsbahn teilt
Juni vorgefe-
—Kopenha-

Bethel.
1/2 Uhr: Pastor
Pastor Meyer.

de.
e.
Pastor Neuhaus.
schm.: Kinder-

s: Weltbunde
Sellingkamp.

Baterbör.
1/2 Uhr: Pastor

nicht mehr in
Schneider.

ammlung in
Thema: „Die
reinsberichte.
eeffen findet
end 16 Uhr.
D.

eltpolitik:
in Bethel.

ebe, geb., gefd.
ichkeit

Hausfr., nicht
f. Hausfr. mit
1/2 Zimmerw.
ch. incl. Kassen
Bewerb. mit
n Pfarrhaus
prignity).

aufe auf dem

uchende
e. Wadbreite
the Bielefelds
urger Waldes.
ische. Pensions-
e. an.

Gießer
Stüdenfr. 3.

bedürftige
ufnahme und
f. faub., fow-
e frische und
ederzeit. Auf
erst preiswert.
er, Währen,
g (Sippe).

pflegung Nähe
voller Pension
zu vermieten.
agner Ww.,
n, Burgstr. 25.

Und dazu ist nötig, Verkündigung des ganzen Evangeliums Gottes, so wie es die Bibel bringt.

Bei uns selber machen wir den Anfang. Dazu ist vor allem nötig, Abkehr von aller heimlichen Gottlosenpropaganda, wie sie auch noch in den Kreisen geübt wird, die auf den Christennamen durchaus nicht verzichten möchten. Hans Pfortner, der treffliche Schriftleiter des „Münchener evangelischen Gemeindeblattes“, schreibt*: Die Gottlosenpropaganda stellt nur bewußt und gehäuft das an Spott und Hohn heraus, was vereinzelt weithin in einer verantwortungslosen Intelligenz und in einem überfättigten Genußmenschen tum.

Schon lange heimlich und kichernd geübt wurde. Der Unterschied ist nur der, daß, was hier ein unverantwortliches frivoles Spiel war, von der russischen Gottlosenpropaganda zielbewußt und absichtlich stichflammengleich in ein tödlich freßendes Feuer verwandelt wurde.

Dieser Tage fand ich in einer hiesigen bürgerlichen Zeitung so ein typisches Beispiel. In einem flott und schnodderig geschriebenen Stimmungsbild über Berlin steht der Satz: „Denn dem lieben Gott in Frankreich geht es augenblicklich sehr gut, denn er lebt fabelhaft.“ Vorher war schon ein bekannter Bibelspruch verhungt. Müßten die Sturmzeichen noch deutlicher werden, bis der Bürgersmann sich diese Bizeleien über Heiliges in Presse und Radio endlich nicht mehr gefallen läßt? Oder sind wir schon alle da, wo die Spötter sitzen? Dann allerdings: wehe uns und unsern Kindern, denn es geht unaufhaltsam dann mit Deutschland und unserer Kultur dem Abgrund zu.

Sturmzeichen sind's, die wir im gegenwärtigen Säkularismus sehen. Es gibt für den evangelischen Menschen nur eine Antwort darauf, die heißt: Buße! Buße im Sinne des neuen Testaments und Luthers: Abkehr von aller Gottlosigkeit und Hinkehr zu Gott im Namen des Christus!

Gustav Kerk, Remscheid.

Blut und Geist.

Eine Antwort an H. Oltmann.

Gegen den Aufsatz von H. Oltmann „Blut oder Geist“ („Aufwärts“ Nr. 118, Beilage) muß Verwahrung eingelegt werden. Der Aufsatz ist seiner ganzen Anlage nach schon darum völlig verfehlt, weil es ihm geht, „um die Frage, ob die Weltanschauung des Nationalsozialismus recht hat mit ihrer Botschaft, daß die Frage über den Wert oder Unwert eines Menschen entschieden wird durch die Art seines Blutes“, denn damit ist die Bewegung des Nationalsozialismus ganz verkehrt gezeichnet. Der nicht-unterrichtete Leser meint natürlich, der N. S. mache den sittlich-religiösen Wert vom Blut abhängig, während dieser lediglich den Wert für das Volkstum im Auge hat. Wir N. S. wissen ganz gut, daß tief stehende Rassen, sagen wir afrikanische, in jeder Beziehung hochstehende Persönlichkeiten hervorgebracht haben. Aber die Aufnahme selbst eines hochstehenden Negers in unser Volkstum (durch Eheheirat) bedeutet eine Verschlechterung der germanischen Rasse, und wir meinen, daß dies wissenschaftlich so einwandfrei festgestellt ist, als die Wissenschaft überhaupt etwas einwandfrei feststellen kann.

Diesen Gedanken bringen die beiden ersten von Oltmann gebrachten Zitate (aus dem „Völkischen Beobachter“ und Hitlers „Mein Kampf“) zum Ausdruck. Etwas anderes ist es mit dem gegen das Dogma von der Erbünde gerichteten Zitat aus Hans Günther. Aber Günther ist eben kein Nationalsozialist, und es ist Unrecht, daß Oltmann deshalb, weil der N. S. die rassenkundlichen Forschungen dieses Wissenschaftlers mit Spannung und Anerkennung verfolgt, Günther als „geistigen“ Führer der Bewegung bezeichnet und diese für die weltanschaulichen Äußerungen jenes Universitätsprofessors verantwortlich macht. Als völlig unwahr muß die Behauptung Oltmanns bezeichnet werden, der N. S. vertrete das Bekenntnis, „Der Mensch ist nicht erbündig, er hat von Natur keine Neigung zum Bösen“; es ist nicht wahr, daß der N. S. behauptet „daß der einzelne Mensch erst durch falsche Blutmischung und unreine Rassenmischung schlecht werde“.

Der N. S. ist eine politische Bewegung und vertritt eine politische Weltanschauung, nimmt aber überhaupt keine Stellung zu irgendeinem christlichen Dogma. Von dem Wert des Christentums für das deutsche Volkstum ist er fest überzeugt und verbietet deshalb seinen Anhängern jede Bekämpfung des Christentums im Zusammenhang mit ihrer politischen Betätigung, er will nicht, daß jeder N. S. ein treues Mitglied seiner Kirche und Konfession sei, es aber unterlasse, in andere Konfessionen „hinein zu stänkern“.

Die Erkenntnis von dem Werte des Blutes macht durchaus nicht blind gegen die Erkenntnis der überlegenden Bedeutung des Geistes. Aufsätze, die das betonen, finden ohne weiteres Aufnahme in der N. S. Presse. Ich habe Oltmann zusammen mit dieser Antwort den Pfingstaufsatz zugehen lassen, der in dem N. S. „Blatt unseres Hauses“ erschienen ist, und ich will daraus einen kurzen Abschnitt hier anführen. Er lautet:

„Wir wissen, daß in unser Volk Kräfte hineingelegt sind, die den Wiederaufstieg verbürgen müßten. Gott hat uns Kräfte und Gaben gegeben, die unserem Volk einen Ehrenplatz sichern, wenn wir die Gaben, die in uns ist, erwecken, erneuern lassen durch Gottes Heiligen Geist.“ Wessell.

* „Vom Gott“ Sturmzeichen, von Hans Pfortner, Flugschrift Nr. 1. Verlag Paul Müller, München, Preis 25 Pf. Eine ganz vortreffliche Flugschrift, die wirklich jedem die Augen öffnen kann über die Lage, in der wir uns befinden, und unsere Verantwortung als evangelische Christen.

Seelsorge an Sterbenden einst und jetzt.

(Nachdruck gegen Beleg gerne gestattet.)

Dies Thema sollte eigentlich uns alle interessieren; denn „Sterbende“ sind wir alle. Und Seelsorge an Sterbenden sollte auch überall willkommen sein; denn erfahrungsgemäß ist die Menschenseele beim Sterben in Not.

Die römisch-katholische Kirche übt diese Sorge um die Seelen Sterbender wesentlich durch die „Letzte Ölung“, „die Sterbesakramente“, aus. Diese Ölung wird in den vorausichtlich letzten Stunden gegeben und mit den Worten: Durch diese Salbung und durch sein allertreuestes Erbarmen verbege dir der Herr, was du durch Augen, Ohren . . . verschuldet hast. Auch an schon Bewußtlosen wird sie noch vollzogen. —

Für die evangelische Seelsorge war in der ersten Zeit der Gedanke ausschlaggebend, daß gerade in den letzten Stunden noch besondere Gefahren auf die Seele warten. Das Drama des Lebens, der heroische Kampf zwischen Licht und Finsternis, zwischen guten und bösen Geistern um die Menschenseele, spitzt sich in der Sterbestunde zur letzten Entscheidung zu. In der letzten Stunde kann es dem dämonischen Geiste — das war die Vorstellung — noch gelingen, die scheidende Seele zu sich herabzuziehen. Der Ertrag eines treuen Christenlebens kann zuletzt noch in Frage gestellt werden. Der Dämon, der nach Gottes Willen Macht über das Fleisch hat, könnte durch sein „großes“ Macht und viel List“ in den letzten Anfechtungen den zum Lichtreich strebenden Geist umgarnen und besiegen.

Die bekannten Bilder, die zwei Würfler darstellen, hinter denen Engel und Teufel stehen, um die Entscheidung auf ihre Seite zu ziehen, oder von Teufel und Engel, die selbst um die Seelen würfeln, gehen auf die genannte Vorstellung der „orthodoxen“ Zeit zurück. Und wer erinnerte sich nicht an den Kampf zwischen Mephisto und den himmlischen Geistern am Ende von Goethes Faust, wo der heroischen Auffassung des Lebens ebenfalls gehuldigt wird? Bis heute werden bekanntlich große kämpferisch veranlagte Geister durch den Tiefinn und die lebensnahe Herbigkeit dieser Anschauung angezogen.

Wenn der Sieg des Glaubens in der letzten Stunde verlorengehen kann, dann kommt es offenbar entscheidend darauf an, „getreu bis an den Tod“ zu bleiben. In der orthodoxen Zeit verbrachte deshalb der Seelsorger seine Zeit am Sterbebett bis zum Eintritt des Todes. Ob es Tag- oder Nachtzeit war, blieb belanglos. Oft war der Arzt der Veranlasser dazu, daß der Pfarrer geholt wurde. Dieser bemühte sich ohne Aufhören, Spruch für Spruch, Liedvers für Liedvers dem mit dem Tode Ringenden vorzusprechen. War der Seelsorger nicht erreichbar so taten Freunde und Anverwandte diesen Dienst. Ein „gottseliges“ Ende verbürgte für den Scheidenden und die Erinnerung der Zurückbleibenden die ewige Seligkeit.

Von diesen Voraussetzungen her versteht man erst den vollen Gehalt alter Sterbelieder. Wenn es da heißt: „Nun bitten wir den Heiligen Geist um den rechten Glauben allermeist, daß er uns behüte an unserm Ende“ und weiter: „Du wertest Licht, gib uns deinet Schein, lehr uns Jesum Christ kennen allein, daß wir an ihm bleiben, dem treuen Heiland“ und schließlich: „Hilf, . . . daß in uns die Sinne nicht verzagen, wenn der Feind wird das Leben verklagen“, dann kann man diese Zeilen nicht wörtlich genug nehmen. Deshalb also die immer wiederholte Bitte: „Die bösen Geister von mir treib, mit deinem Geist stets bei mir bleib, bis sich die Seel' vom Leib abwendet“. Jetzt werden jene wundervollen Gebete erst voll begreiflich: „Herr, wenn ich soll mein Stündlein fehn, laß deine Engel bei mir stehn!“ oder „Ach Herr, laß dein lieb Englein am letzten End' die Seele mein in Abrahams Schoß tragen“, oder: „Laß zu beiden Seiten Engel mich geleiten in mein Vaterland!“

Noch der Pietismus hat von den Vorgängen am Sterbebett keine andere Vorstellung gehabt. Ein Zingen-dorf betet noch: „Bleibe mein in Todesnöten, da bedarf ich deines Lichts!“ Auch ein Tersteegen feucht: „Verlaß mich denn auch nicht im letzten Augenblick, daß ich mag Jesum sehn und nicht auf mich zurück!“ Auch wer sich jetzt zum Sterben rüsten mußte, legte noch zum Empfang des „Nachtmahls“ zum Zeichen seiner Zugehörigkeit zum Herrn des Lichts seine Feiertkleider an.

Und doch war schon etwas anders geworden. Der Glaube des Sterbenden zeigt sich selbständiger. Er beansprucht den Geistlichen nicht mehr „bis an“ den Tod. Er legt mehr Gewicht auf die innere Einigung der Seele mit Christus. Die Heilsgewissheit wird persönlicher ergriffen und „erlebt“. Die „Christinnigkeit“ der Zeit gibt dem Sterben eine freudigere Gebärde. Der „Vorsmach“ himmlischer Freuden überwiegt das Grauen vor dem Tod und dem Versucher. Der Triumph der Weltüberwindung ist diesseitiger geworden. Der Sterbende selbst wird humaner behandelt, denn der Seelsorger schont die schwachen Leibeskräfte des Scheidenden und verläßt ihn wieder, wenn er der Gläubigkeit des Sterbenden sicher ist. Gott werde, diese Meinung kommt auf, eine vorübergehende und durch Körperleid verursachte Seelenschwäche nicht so schwer wägen, daß es der Gesamtrichtung der Seele nach oben während ihres Lebens vergähe! „O wie bald kannst du es machen, daß mit Lachen unser Mund erfüllt sei! Du kannst durch des Todes Türen träumend führen und machst uns auf einmal frei.“ Das ist pietistische Gewissheit vom seligen Tode.

Das Aufklärungszeitalter hatte den Vorzug, daß es den Willen zur „Tugend“ und den Glauben an Gott und Unsterblichkeit zum Gemeingut der Gesellschaft machte. Aber es übersah leichtsinnig die dunklen Hintergründe des Lebens, auf die wir jetzt wieder anfangen, unsere Augen

zu richten. Diesen Menschen machte jene bange Frage keine Sorgen, von der etwa ein Martin Jahn bewegt war: „Sollt' ich meinen Jesum lassen —, wer wird in der letzten Not, auf den finstern Todesstraßen bei mir stehen, wenn der Tod seine Grausamkeit ausübt und die Meinen betrübt, wenn der Teufel mich ansetzt? —“. Das Gericht Satans über „das Fleisch“ wich der Ueberzeugung, daß der „Geist“ mit Gelassenheit und Unerschütterlichkeit seiner Auflösung entgegensehen könne. Sei er doch unsterblich auf jeden Fall! Wie in der reformierten Schweiz heute noch, so hatten damals die Beerdigungen unter Teilnahme des Seelsorgers vielfach aufgehört. Wo zu noch geistlichen Beistand, wenn der allmählich reif und tugendhaft Gewordene doch der Unsterblichkeit sicher war? Es kam zwar bald wieder anders. Sünde, Schuld, Gericht und dergleichen Wirklichkeiten der Ewigkeit konnten nicht lange ungesehen bleiben. Man entdeckte wieder, daß nicht Gott den Tod „gemacht“ hat, sondern daß ihn hat die „Sünde“ auf uns gebracht“ und daß Gott uns auch „fürchterlich“ sein kann.

Bis heute aber ging eines nicht verloren, nämlich die „humanere“ Behandlung eines Sterbenden, dem man doch auch Ruhe gönnt in harter Leibesqual. Leider aber haben wir nicht wieder den Ernst der alten Zeit erreicht in bezug auf die Anschauung vom ewigen Schicksal der Seele. Es war ein Jude, der mir einmal drohte, daß er sich an mir vergreifen könnte, wenn ich ihn wissen ließe, er könne nimmer von seiner Krankheit genesen. In diesem Punkte versagen auch viele Christen, die sich sorgsamst hüten, ein Wort von Tod und Heimgang zu ihren sterbenskranken Lieben zu sagen. Es hat mir immer besser gefallen, mit Menschen zu tun zu haben, die mir lächelnd sagten, sie wären bereit aufs Ende und fürchteten sich nicht vor dem Sterben. Wenn alle Christen so stürben, dann hätte der Christusglaube in diesen lächelnd Scheidenden seine unüberwindlichen Missionare. Wenn die eingangs gezeichnete heroische Lebensauffassung recht hat, dann ist es grausam, jemanden ahnungslos hinüberzuschummern zu lassen. Wenn sich auch nicht in der Sterbestunde alles entscheidet — der Karfreitag hat nur einen Schächer gehabt! — so sollte doch das Hinfahren sein wie das Leben: Ein tägliches Verbundensein mit dem Erhöhten. Aber daran fehlt es und deshalb auch an der Bewußtheit in der Sterbestunde.

Es ist, um nur zwei Namen zu nennen, das Verdienst von Prof. Dr. Becker in Darmstadt und von Prof. D. Wilhaus in Erlangen, in einschlägigen Veröffentlichungen auf diese Zusammenhänge hingewiesen zu haben.

Was aber unserer Zeit fehlt, das sind Erbauungsbücher, die auch die dunkelste Seite des Lebens genügend erkennen. In alten Häusern findet man die wertvollen Alten alle noch, die „Häusermänner“, „Starkebuch“, den „Braftenberger“ und wie sie noch heißen. Aber neu ausgelegt werden die wenigsten dieser Alten. Vielleicht würde es den Neuauflagen auch am Abfah fehlen. Noch aber beweist der Begräbnisritus mancher Gemeinden, daß wertvolle alte Vorstellungen von Tod und Sterben nicht ganz verloren gingen. Wenn in der Leichenpredigt und speziell im „Lebenslauf“ auf die Art, wie der Geschiedene verstorben ist, eingegangen wird, so wirkt die alte Wahrheit nach, daß im allgemeinen das Ende zum Leben passen müsse. Ist es nicht für einen Seelsorger mit am meisten belegend, wenn in den üblichen Lebensläufen nicht viel mehr steht, als in Gellerts Gedicht: Er lebte, nahm ein Weib und starb? Fehlt hier nicht gerade die christliche Bewertung des Menschenlebens?

In der Erkenntnis von dem Wert gerade einer Sterbeseelsorge für unsere heutige Zeit hat der Evangelische Volksbund in Baden (Verlag Johannes Huß in St. Georgen, Schwarzwald) soeben ein Buch*) herausgebracht, „Das Lied vom Tode“, das in seiner Auswahl und Ausstattung ein vorzügliches Erbauungsbuch für die dunkle Seite des Lebens genannt zu werden verdient.

Die aus vielen christlichen Jahrhunderten ausgesuchten Gedichte vermitteln einen starken Eindruck von dem Ernst des Lebens und dürften in schweren Lebensstunden gute Dienste tun.

Unserer Zeit tut das Bewußtsein von der Ausschließlichkeit, also dem harten Ernst des christlichen Glaubens not. Das Allermittelchristentum hat schon zu viel Schaden angerichtet und die alle selig sprechenden Leichenpredigten haben die Herbeheit des Lebensschicksals zu oft verdeckt. Albert Knapp und der große Chor gläubiger Menschen vor und nach ihm darf heute wieder Anspruch auf ernste Beachtung erheben mit seiner heiligen Gewissheit: „Ins Vaterland führt nur ein einziger Weg, übers tiefe Meer nur ein einziges Boot; über'n Abgrund leitet ein einziger Steg . . . Am Tempel Gottes ist nur ein Tor, nur er, der Gekreuzigte stehet davor.“ Der Dichter hat das kostbare Erbe von Jahrhunderten bewahrt, ja das Edelgut archaischer Ueberzeugung, wenn er uns mahnt:

„Aus deinen Stunden, Tagen, Jahren,
Aus diesem „Ja“, aus diesem „Nein“
Wird über'm Grab sich offenbaren,
Was ewig soll dein Erbe sein;
Noch kannst du hier die Luft durchschreiten,
Die drüben keiner übersteigt,
Wenn sich dem Herrn der Ewigkeiten
Im Glauben deine Seele neigt.“

*) Preis 4,50 Mk.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Büttel, Angelegen: A. Diekmann, alle in Bethel. Auftritte für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Verlag Bethel.

Nr. 136.

O Ursprung des
Da niemand von
Lebendige Que
Sich aus seine
Und in die beg
Drum laß mich
Da, wo Deine
Wo Freude die
Wo Wonne un
Wo heiliges Le

„Bei di
„Mein
lebendige
da ausgeh
kein Wasser

Jede Quelle
Wasserbecken i
ken, wenn die
sich doch einma
schöpflich. In
beden unter d
Wassern über d
kann die Quell
Wasser spenden
heimnis: Gott
wo Er uns au
lösung, in der
der Anbetung:
sie mit Gut gef
einem Strom.“
Gottes, im Fels
ben für die Me
genus, um die
Genüge zu erfi
lende Güte zu
Gott es zu tun
Sünde in der
aufgerissen hat
Wasser Seiner
einquilt. Je tie
ansammelt, um
es durch Ihn v
mächtig gewor
ger.“ Und dies
dem Geist. „W
reden sollten r
ben,“ so heißt
dem Geist Gott
heute als der
schafft, wo nich

Sin zur Au
nen, statt des
Quellwasser zu
wir uns immer
Glend ist. Wi
Brunnen dem
heit der Schö
hauen, zu den
kann es komm
goldene Blut d
der anderen r
dürsten der S
nen aus. Wot
als der Quell
eigenen Geiste
digung den D
ger Menscheng
gen Quells.

Eine zwief
dung nötig in
ausgehauenen
Quell. Zwischen
liegen, welch
nicht mehr vo
nichts vom W
oder auch vor
überall wenig
aussehen?“ W
die ausgehau
Barmherzigke
Geschöpfe, Sei
Ihm, der lebe